

Vormärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 5.
Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 24. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 5.
Fernsprecher: Amt Moritzplan, Nr. 11753-54.

Polen bittet um Waffenstillstand.

Warschau, 23. Juli. (T.M.) Die polnische Regierung hat nachstehende Note an die Sowjet-Regierung gesandt: Die polnische Regierung hat die Tatsache zur Kenntnis genommen, daß die Sowjet-Regierung in Verantwortung der Note der britischen Regierung vom 11. d. M. sich bereit erklärt hat, Friedensvorschläge entgegenzunehmen, sofern diese von ihr der polnischen Regierung überhandt werden. Die polnische Regierung schlägt, von dem Wunsch geleitet, so schnell wie möglich dem Blutvergießen ein Ende zu machen und den Frieden wiederherzustellen, einen sofortigen Waffenstillstand und die Einleitung von Friedensverhandlungen vor. Das Waffenstillstandsangebot ist gleichzeitig durch die Oberste Seeresleitung der polnischen Armee an die Oberste Seeresleitung der Sowjet-Armee überhandt.

Warschau, den 22. Juli 1920.

Sapieha, Minister des Meeres.

Nationales Koalitionskabinett in Polen.

Paris, 23. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Warschau ist dort ein nationales Koalitionskabinett gebildet worden. Den Vorsitz hat Ritos (Volkspartei), Vizepräsident der Sozialist. Partei. Prinz Sapieha befehlt das Ministerium des Auswärtigen.

Paris, 23. Juli. Der Leiter der polnischen Militärmission in Paris General Rozwadowski ist zum Chef des polnischen Generalstabes ernannt worden.

Russisch-litauisches Demarkationsabkommen.

Kowno, 22. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Zwischen der gestern nach Kowno zurückgekehrten litauischen Delegation und der Leitung der russischen Truppen in Wilna wurde für die Zeit, in der die russischen Truppen aus strategischen Gründen auf litauischem Boden stehen müssen, eine vorläufige Demarkationslinie zwischen den litauischen und den russischen Truppen festgesetzt. Sie verläuft von Swenzianah über Neu-Troly nach Oranz und Grodno. In Wilna arbeitet eine litauische Kommandantur.

Kowno, 22. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Um die Lage der vorläufig von russischen Truppen besetzten litauischen Gebiete zu klären, hat das Ministerkabinett beschlossen, eine Abordnung nach Riga, eventuell nach Warschau zu entsenden, die mit den Sowjetbehörden verhandeln soll.

Teilmobilisierung der tschechischen Armee.

Prag, 23. Juli. (Dena.) Wie verlautet, hat der Minister für nationale Verteidigung in einer Konferenz mit dem Generalstabschef und dem Korpskommandanten beschlossen, die Maßnahmen zu einer teilweisen Mobilisierung der tschechischen Armee zu treffen. Die an der polnischen Grenze stehenden tschechischen Truppen sind bedeutend verstärkt worden.

Ein englisches Geschwader nach Russland unterwegs.

Kopenhagen, 23. Juli. (Dena.) Ein starkes englisches Kriegsschiffgeschwader hat am Mittwoch die Dänische Flotte verlassen und nach Riga.

Der Genfer Kongress.

Die S. P. D. Delegation.

Zum Internationalen Sozialistenkongress in Genf (Zweite Internationale), der am 31. Juli beginnt, wird die Sozialdemokratische Partei als ihre Vertretung senden: Hermann Müller, Otto Weiss, Hermann Wollensburger, Philipp Scheidemann, Dr. Johann Meerfeld, Käthe, Ed. Bernheim, Friedrich Stampfer, den tschechischen Ministerpräsidenten Sud, Dr. Adolf Braun und Frau Juchacz.

Gleichzeitig wird in Genf ein Internationaler Bergarbeiterkongress tagen, an dem ebenfalls eine starke deutsche Delegation (etwa 35 Vertreter) teilnehmen wird.

Der Bela-Khun-Zwischenfall.

Berlin, 23. Juli. (T.M.) Die österreichische Regierung ist der Aufforderung der deutschen Regierung, den Transport kriegsgefangener Russen, bei dem sich auch politische Persönlichkeiten befinden, wieder zu übernehmen, nicht nachgegeben. Der Transport hat durch diese Ablehnung der österreichischen Regierung den Anspruch auf Exterritorialität verloren, der Transport ist einem Durchgangslager zugeführt worden. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene ist mit der Befreiung beauftragt, welche Angehörige des Transportes tatsächlich Kriegsgefangene sind. Es ist Vorsorge getroffen, daß diese sofort ihrer Heimat zugeführt werden. Die nicht als Kriegsgefangene festgestellten Persönlichkeiten werden bis zur endgültigen Entscheidung über ihre weitere Behandlung zurückgehalten.

Ausnahmezustand in Ostpreußen.

Berlin, 23. Juli. Mit Rücksicht darauf, daß die Kämpfe zwischen Russland und Polen in unmittelbarer Nähe der ostpreussischen Grenze stattfinden und daß durch den Uebertritt von kämpfenden Truppen und Flüchtlingen Zwischenfälle in Ostpreußen entstehen können, hat der Reichspräsident, um die Wahrung der Neutralität und die Erfüllung der Pflichten der Neutralität zu sichern, auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung Ausnahmevorschriften für den Bezirk des Wehrkreiskommandos 1 erlassen. Die Ausnahmevorschriften treten mit der bevorstehenden Veröffentlichung in Kraft.

Die Lage in Ostpreußen. — Betroffene Maßnahmen.

Königsberg, 23. Juli. (T.M.) Vom Oberpräsidium wird uns zur näheren Lage der Provinz mitgeteilt: Der Stolz der bolschewistischen Truppen fiel nach allen hier vorliegenden Nachrichten auf Warschau. Es ist unwahrscheinlich, daß Truppenabteilungen zum Zwecke eines Angriffes auf Ostpreußen stattfinden. Diese Möglichkeit wird aber dauernd im Auge behalten und scharf beobachtet. Ebenso wird die Möglichkeit des Uebertrittes abgeschwächter polnischer Truppenteile auf ostpreussisches Gebiet in Rechnung gezogen. Auch für den Fall des Eintreffens von Flüchtlingen ist gesorgt. Erschwert werden die ostpreussischen Vorkehrungen dadurch, daß über das Abtunmungsgebiet die Interalliierte Kommission das Recht der Staatshoheit ausübt. Eine Genehmigung zum Einmarsch deutscher Truppen in das Abtunmungsgebiet, die beantragt ist, ist noch nicht erteilt. Inzwischen übernimmt dort die Sicherheitspolizei, die im Abtunmungsgebiet verhältnismäßig stark ist, und die im Augenblick noch verstärkt wird, den Grenzschutz. Da sie über eine Anzahl berittener Hundertschaften verfügt, ist sie imstande, den ersten notwendigen Schutz zu gewähren, falls Uebergriffe erfolgen. Reichswehr ist bereits und wird noch im Augenblick so verlegt, daß sie in der Nähe der Gefahrenstellen konzentriert bleibt, um bei Grenzverletzungen sofort vorgeworfen werden zu können. Weitere Maßnahmen sind im Gange.

Die deutsche Note an die Entente.

Paris, 23. Juli. Wie „Le Temps“ mitteilt, ist die am 21. Juli vom Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation überreichte Note über Vorsichtsmaßnahmen an der deutschen Ostgrenze dem Vorkomitee überwiegen worden. Die Note bildet ausschließlich den Gegenstand einer Prüfung durch die alliierten Regierungen.

Englischer Neutralitätsbruch? In der Dresdener Kammer berichtete Ripinski (N. Soz.), daß am Donnerstag ein Eisenbahnzug mit Gefangenen in Dresden angekommen sei. Er sei mit bewaffneten und uniformierten englischen Soldaten besetzt gewesen. Ministerpräsident Buch erwiderte, es seien wohl Tschechen gewesen, denn die angeblichen englischen Soldaten hätten tschechisch geredet. Einen unneutralen Transport würden die Eisenbahner zu verhindern wissen. (Unseres Wissens laufen in Prag haufenweise englisch oder französisch uniformierte Tschechen herum. Red. d. „Vorm.“)

In einer sehr scharfen Erklärung wendet sich die deutschösterreichische Regierung gegen die Vorwürfe, die die ungarische Regierung wegen Bela Kunns gegen sie erhebt. In dieser Erklärung wird auf die Vorgeschichte des Anfalls eingegangen, das die deutschösterreichische Regierung den ungarischen Volkskommissaren feierlichst gewährt. Die Verdächtigungen des Staatsanwalters Genossen Dr. Kerner werden als ungeschädlich und unzulässig zurückgewiesen.

Der Gefangenen-Austausch.

Noch keine Gefangenen aus Sibirien. — Kopp fährt nach Moskau.

Berlin, 23. Juli. (T.M.) Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Austausch der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland mit den Kriegsgefangenen in Russland vollzieht sich planmäßig. Wieder sind rund 22000 Russen gegen 6000 Deutsche und 10000 Angehörige der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie auf dem Seewege ausgetauscht. Die Tatsache, daß bisher keine regulären Transporte aus Sibirien eingetroffen sind, hat die deutsche Regierung veranlaßt, bei dem hiesigen Vertreter der Sowjetregierung in Kriegsgefangenen-Angelegenheiten nachdrücklich Vorstellungen zu erheben, da eine Sicherstellung der Heimtransporte aus Sibirien vor Eintreten des Winters unter allen Umständen erreicht werden muß. Der Sowjetvertreter Herr Viktor Kopp hat sich veranlaßt gesehen, sich selbst nach Moskau zu begeben, um den berechtigten Forderungen der Regierung Geltung zu verschaffen.

Das Reichswehrgesetz.

Von Erich Kuttner.

Der Entwurf des Reichswehrgesetzes, der in den nächsten Tagen dem Reichsrat zugehen soll, wird uns soeben in feineren Worten bekannt. Er bestätigt vollkommen, was die bisher in die Öffentlichkeit durchgedrungenen Einzelheiten nur allzu sehr bekräftigen ließen, daß nämlich dieser Entwurf ein Erzeugnis der vollkommensten reaktionär-militaristischen Geistesrichtung ist. Nachdem wir den Entwurf von A bis Z durchgelesen hatten, fragten wir uns vergeblich, was denn wohl eigentlich hätte anders aussehen können, wenn das Gesetz unter den gleichen äußeren Umständen (Vertrag von Versailles, Abkommen von Spa) von einem Ministerium Wilhelm's II. ausgearbeitet worden wäre. Das Ergebnis der Ueberlegung war immer wieder das gleiche: in diesem Entwurf ist auch keine Spur der Tatade zu entdecken, daß wir am 9. November 1918 einen vollkommenen Umbruch der politischen Verhältnisse erlebt haben. Unreaktionärer Geist durchzieht den Entwurf von Anfang bis Schluß.

Die ersten Paragraphen des Entwurfs über die Gliederung der Wehrmacht sind durch Versailles und Spa vorgeschrieben. Ueber die Wehrmacht sagt der § 7: „Die Befehlshaber liegen ausschließlich in der Hand der gleichmäßigen Vorgesetzten.“ Die höchsten Vorgesetzten sind der Chef der Seeresleitung und der Chef der Admiralität, die beide wiederum dem Reichswehrminister unterstellt sind. Von einem eventuellen Eingreifen der zivilen Reichswehrkommission, wie es sich nach den Kapp-Tagen als sehr notwendig erwiesen hat, sagt der ganze Entwurf kein Wort, ein solches soll offenbar in Zukunft unmöglich sein. Ebenso wird von dem Vertrauensmännersystem nur einmal in ganz ominös angedeuteter Weise gesprochen. Vertrauensmänner bei allen Formationen bis zu den Zentralbehörden, so lautet es im § 11 stichendes Satzfragment. Die sie zustande kommen, ob gewählt oder ernannt, welche Rechte ihnen zustehen, darüber schweigt sich der Entwurf völlig aus.

Auch die im § 8 vorgesehene Heeres- und Marine-Kammer ist ein ziemlich wertloses Dekorationsstück. Sie ist eine lediglich beratende und beratende Körperschaft und untersteht dem Chef der Seeresleitung bzw. dem Chef der Admiralität. Welchen Wert diese Institution hat, mag am besten daraus erkannt werden, daß die jetzt schon bestehende Kammer zu der Beratung des Reichswehrgesetzes überhaupt nicht hinzugezogen worden ist!

Der zweite Abschnitt des Gesetzes führt den Namen „Pensionsmännlichkeit“ und sucht partikularistische Wünsche zu befriedigen, indem er den Einzelstaaten den Schein eines „eigenen“ Militärs gibt. Das Wesentliche in dem Abschnitt ist jedoch, daß der Reichswehrminister berechtigt ist, die Entsendung von Truppenteilen aus einem Lande des Reiches nach einem anderen anzuordnen. Nur wenn diese Entsendung länger als sechs Monate dauert, ist die Zustimmung der betreffenden Landesregierung erforderlich, aber sie ist nicht aufschlaggebend, da sie im Weigerungsfalle durch die Zustimmung des Reichspräsidenten ersetzt werden kann (§ 14).

Nach § 15 ist die Reichswehr verpflichtet, bei öffentlichen Notständen und zu polizeilichen Zwecken die Behörden der Länder zu unterstützen, wenn die eigenen Kräfte der auferfordernden Behörden nicht ausreichen. Ist aber einmal die Reichswehr zur Hilfe gerufen, dann „bestimmt über die zur Erreichung des Zwecks erforderlichen militärischen Maßnahmen allein der militärische Befehlshaber unter eigener Verantwortung“. Mit der Inanspruchnahme der Reichswehr gibt also die Landesbehörde jede Einwirkung auf die Art und den Charakter des Vorgehens aus der Hand. Diese Reichswehrrückfälligkeit in Notfällen erscheint als höchst bedenkliche Maßnahme, nachdem wir Dinge wie Wehrdienst und ähnliches erlebt haben.

Der dritte Absatz handelt von den Rechten und Pflichten der Reichswehrangehörigen. Auch hier ist vieles, wie die Länge der Dienstzeit, bereits durch den Friedensvertrag vorgeschrieben. Sie betragen für Mannschaften bekanntlich zwölf Jahre. Interessant ist, daß sich unter den Gründen, aus denen die Regierung vor Ablauf der Zeit den Vertrag lösen kann, auch folgender befindet (§ 19 Ziffer 1b):

Wenn der Verpflichtete nach dem Urteil seiner Vorgesetzten die für den militärischen Dienst nötige dienstliche Eignung nicht mehr besitzt.

Das ist eine Austauschbestimmung ersten Ranges und ein Debel zu Maßnahmen „Militärdienst“, wie man es sich schlimmer gar nicht denken kann. Die Gefährlichkeit der Bestimmung wird auch durch ein sehr fragwürdiges Einverständnisrecht nach § 20 nicht gemildert. Uns liegt beispielsweise jetzt schon ein Fall vor, in dem ein Unteroffizier Hr. in Hannover von seinen Vorgesetzten für dienstlich ungenügend erklärt wurde, weil er bei einer Rundfrage für die Aufnahme in der Militärjustiz eintrat! Höchst bedenklich ist auch ferner, daß außer dem im Gesetz ausgeführten Kündigungsgründe noch weitere durch Ausführungsbestimmung festgelegt werden können.

Bei den Offizieren gibt es noch einen besonderen Entlassungsgrund vor Ablauf der Dienstzeit: auf Dienstentlassung lautende Erkenntnis der Wehrberufskommission. Hier ist der einzige Punkt, wo die Wehrkommission sachliche Bedeutung hat. Aber zu welchem Zweck? Sie dient dazu, die berechtigten Ehrengerichte durch eine Hintertür in das Gesetz hineinzuwürgen. Und auf diese reaktionäre Reminiscenz in § 26 folgen gleich noch ein paar weitere: „Verurteilung zum Tragen einer Uniform für Verabschiedete“ (§ 28) und in § 29 der berüchtigte Beiratskonferenz-Erkenntnis der Vorgesetzten dürfen die Angehörigen der Wehrmacht nicht ehelichen.

Aber noch eine weitere Ungehörigkeit bringt der § 29: den Wehrangehörigen der Wehrmacht kann nicht nur der Betrieb eines Gewerbes verboten werden, sondern auch „eine nichtgewerbliche Nebenbeschäftigung kann den Angehörigen der Wehrmacht untersagt werden, wenn hierdurch eine Beeinträchtigung ihrer dienstlichen Leistungen zu besorgen ist“. Hiermit ist offenbar eine Handhabe geschaffen, um mißliebige Funktionäre von Berufsorganisationen fernzustellen, soweit eine solche Handhabe nach § 32 überhaupt noch nötig ist.

Dieser § 22, dessen Wortlaut wir bereits in der Donnerstag-Morgenausgabe zur Kenntnis gaben, stellt den reaktionären Höhepunkt dar. Er hebt das Vereins- und Versammlungsrecht der Mannschaften völlig auf, er verbietet jede Teilnahme an politischen Vereinigungen und macht die an nichtpolitischen Vereinigungen von der in jedem Falle einzuholenden Genehmigung der Vorgesetzten abhängig. Und nun folgt nach § 29 auch noch jeder Vorstands, Schriftführer, Kassierer einer genehmigten Vereinigung zur Amtsindeberlegung gezwungen werden, wenn man eine „Beeinträchtigung seiner dienstlichen Leistungen“ fürchtet, was regelmäßig dann eintreffen wird, wenn die Tätigkeit nach ihrem Inhalt nicht den Beifall der Vorgesetzten findet.

Aber nicht nur geistig, sondern auch in ihren materiellen Ansprüchen werden die Mannschaften der Willkür preisgegeben. Zwar ist ihnen für ihre Ansprüche nach Beendigung der Dienstzeit ein Rechtsweg eingeräumt, aber dieses „Rechtsverfahren“ ist genau dem des Mannschaftenverordnungsgebiets von 1906 nachgebildet, gegen das die Kriegsbeschädigten des alten Heeres einen erhärteten und erfolgreichen Kampf geführt haben. Aber für die Soldaten des neuen Heeres wird der alte Widerstand wieder eingeführt. Der entlassene Soldat darf den Abzug erst nach Erschöpfung aller militärischen Anstalten beschreiten. Dann ist das Landgericht mit seinem Anwaltswang und den damit verbundenen großen Kosten zuständig. Aber gerade die wesentlichen Punkte sind der richterlichen Beurteilung entzogen. Das Zivilgericht hat nicht die Berechtigung, die Entscheidung der militärischen Dienststellen darüber nachzuprüfen, ob Dienstunfähigkeit oder „mangelnde Eignung“ vorliegt, oder ob von einer nichtgewerblichen Nebenbeschäftigung eine Beeinträchtigung der dienstlichen Leistungen zu besorgen ist. Also gerade die Punkte, die wir als Hauptthemen reaktionärer Willkür hervorheben, sind der richterlichen Nachprüfung entzogen! Damit wird das Gerichtsverfahren zur reinen Farce.

Das wären die hauptsächlichsten — bei weitem nicht alle Mängel des Gesetzes. Von der Vereidigung auf die Republik und von der Treuepflicht gegen diese enthält das Reichswehrgesetz natürlich kein Sterbenswort!

Nicht einmal das Wort Republik oder Freiheit kommt in dem Entwurf vor, für den ein demokratischer Reichswehrminister — allerdings Herr Gehler! — verantwortlich zeichnet.

Die Verabschiedung des Gesetzes mag mit Rücksicht auf die Beschlüsse von Spa dringend sein, aber dieser Gesichtspunkt darf die Sozialdemokratie in keinem Fall davon abhalten, mit aller Macht auf eine völlige Umgestaltung

dieses reaktionären Machwerks hinzuwirken. Die militärische Willkür offenbart sich folgendermaßen: Weil unter dem Druck der Entente die Verabschiedung des Gesetzes dringend geworden ist, so hat der Reichstag einfach gezwungen, es in jeder ihm vorgelegten Form zu schließen! Die Partei aber muß sich darüber klar sein, daß dieser Gesetzesentwurf die völlige Auslieferung der Reichswehr an die Reaktion und die Ausrottung der letzten republikanischen Reste in ihr bedeutet. In dieser Gestalt kann das Gesetz nicht angenommen werden!

Gegen die Bestimmung des § 22, wonach den Soldaten auch die Angehörigkeit zu rein wirtschaftlichen Vereinigungen untersagt werden kann, nimmt selbst der gewiß nicht im Ruf des Radikalismus stehende „Deutsche Offiziersbund“ Stellung. Eine Tagung seines erweiterten Verbandsausschusses, die am 21. und 22. d. M. stattfand, sprach sich in diesem Sinne aus.

Kathenau im Reichswirtschaftsrat.

Dr. Guggenheimer Kommissar.

Kattlich. Das Kabinett hat beschlossen, Dr. Walter Rathenau zum Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats zu ernennen und Kommissar Dr. Guggenheimer als Kommissar der Reichsregierung beim vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu bestellen. (Unsere Ansicht über Dr. Guggenheimer haben wir unlängst geäußert. Red. d. „Z.“)

Eisenbahnfragen im Reichskabinett.

Berlin, 23. Juli. Kattlich. Das Reichskabinett erledigte heute eine umfangreiche Tagesordnung. Unter anderem stimmte das Kabinett dem Entwurf des Reichslohntarifs der Eisenbahnen im wesentlichen zu. Dabei wurde beschlossen, daß künftig in Verhandlungen wegen Änderung des Reichslohntarifs nur nach Genehmigung des Kabinetts eingetreten werden darf. Der Reichsverkehrsminister und der Reichspostminister wurden beauftragt, sofort in Verbindung mit den anderen beteiligten Ressorts, namentlich dem Reichsarbeitsministerium, alle Maßnahmen zu prüfen und anzuordnen, die dazu führen können, die Betriebe wieder rentabel zu gestalten.

Das Kabinett ermächtigte ferner den Reichsfinanzminister, bei der im Reichsbesoldungsamt vorgesehenen Nachprüfung der Besoldungsordnung Änderungen in Rücksicht auf die in den Besoldungsordnungen der Länder enthaltenen Abweichungen vorzuschlagen. Der Finanzminister wurde ferner ermächtigt, in Verhandlungen mit dem Reichsrat darüber einzutreten, daß die in den Staatsverträgen für den Rücktritt der verrentlichten Beamten vorgesehene Frist anderweit festgesetzt wird.

Kohlenkonferenz in Berlin.

Veratungen im Ernährungsministerium.

Berlin, 23. Juli. Heute trat auf Einladung der Regierung im Reichsernährungsministerium eine Konferenz zusammen, die von den am Kohlenbergbau beteiligten Kommissionen der Arbeiter- und Arbeitgeberseite besetzt war, um über die Durchführung des Sparabkommens in der Kohlenfrage zu beraten.

Die Besprechung war von ungefähr 100 Personen besucht. Nach eingehender vierstündiger sachlicher Aussprache kam die Konferenz einstimmig zu folgenden Ergebnissen: 1. Es ist rund eine Million Tonnen Mehrförderung gegenüber der Preisförderung erforderlich, wenn trotz der bevorstehenden Ablieferung an die Entente unsere deutsche Wirtschaft auch nur in ihrem heutigen Stande aufrechterhalten bleiben soll. 2. Die Braunkohle kann und soll stärker herangezogen werden, dazu ist erforderlich, daß die Transportverhältnisse für Braunkohle auf lange Sicht gebessert werden, daß die in Betracht kommenden Abnehmer sich auf

die Benutzung der Braunkohlen einstellen und daß die notwendigen maschinellen Vervollkommnungen ausgeführt werden. 3. Zunächst ist eine allgemeine Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter in Angriff zu nehmen. 4. Das bestehende Ueber-schichtenabkommen soll nicht geändert werden, etwaige Differenzen sollen in baldigen Verhandlungen geklärt werden. 5. Es empfiehlt sich, daß zunächst die beiderseitigen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine Prüfung darüber eintreten, welche Maßnahmen zur Erzielung der Mehrförderung zu ergreifen sind. 6. Sodann sollen gemeinsame Beratungen innerhalb der einzelnen Bergbezirke stattfinden, die durch das Reichsarbeitsministerium einzuleiten sind. 7. Jeglicher Verschleiß von Kohlen ist mit größtem Nachdruck entgegen zu wirken.

Am Nachmittag fand eine weitere Besprechung im engeren Kreise zwischen dem Reichsernährungsministerium und den Vertretern der Bergleute statt, die sich mit der Frage befaßte, welche Lebensmittellieferungen für die Bergleute in erster Linie in Betracht kommen.

Ein Entwaffnungsgesetz.

Besprechung im Reichsministerium des Innern.

Zur Reichsministerkonferenz des Innern fand unter dem Vorsitz des Reichsministers des Innern noch eine Besprechung der Vertreter aller Länder statt über Durchführung der in der Abmachung von Spa geforderten Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Es herrschte Uebereinstimmung darüber, daß das Reich selbst die Entwaffnung durchführen und daß alles geistlich müsse, um die Waffen risikolos zu erfassen und aus der Bevölkerung herauszubringen.

Ein Gesetzesentwurf des Reichsministeriums des Innern lag bereits vor; er wird wohl nächster Tage dem Kabinett zur Beschlussfassung zugehen und alsdann den Reichstag alsbald nach seinem Zusammentritt beschickigen.

Der „Rote-Armee“-Schwindel.

Rappisten und Zeitfreiwillige die Urheber.

Hamburg, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Nordwärts“.) Wir hatten bereits vor einigen Tagen berichtet, daß die Meldungen von reaktionärer Seite über eine angeblich in Hamburg bestehende Rote Armee auf Schwindelberichten und auf die Tätigkeit von Spitzeln zurückzuführen sind. Es beabsichtigen durch ihre Machenschaften die Besetzung Hamburgs mit Reichswehr herbeizuführen. Trotz der Entlastung dieser Machenschaften legt ein Korrespondenzbüro „Hansa“ diesen Meldung fort. Das Bureau, hinter dem sich einige bekannte ehemalige Mitglieder des Bahnsfelder Zeitfreiwilligenkorps verbergen, benutzt hierzu die „Hamburger Warte“, eine Wochenschrift reaktionärster Art, deren Herausgeber und Hauptredakteur während des Rapp-Bundes zweifellos an den Vorbereitungen in Hamburg beteiligt war. Die „Hamburger Warte“, die heute zugeben muß, daß es sich bei den Uebungen der Roten Armee um ganz harmlose Wahnsinn gehandelt habe, veröffentlicht trotzdem wiederum eine Anzahl Berichte über Verammlungen der Roten Armee, in denen über die Organisation und den bevorstehenden Kampf berichtet worden sein soll.

Zweifellos sind auch diese Berichte wiederum auf die Tätigkeit der belagerten Spitzel zurückzuführen. Die Polizeibehörde, die bereits einmal bekanntgegeben hat, daß ihre Untersuchungen zu keinem Ergebnis geführt haben, wird auch diese Angelegenheit zweifellos sofort einer genaueren Untersuchung unterziehen. Es muß aber merklich bedauern, daß in der reaktionären Presse Hamburgs, die diese Berichte der „Hamburger Warte“ übernimmt, mitgeteilt wird, der Herausgeber der „Warte“ sei von den „zufälligen Stellen“ nach Berlin berufen worden, um dort an der Hand seines Materials Bericht zu erstatten. Es wäre in der Ordnung gewesen, daß dieser Herr zunächst das Material den Hamburger Behörden zugänglich gemacht hätte. Es kann aber kein Zweifel bestehen, daß es, ebenso wie das bisher von ihm veröffentlichte, auf reiner Erfindung beruht.

Rußlands rote Armee.

Aus dem Bericht eines Augenzeugen.

Die Erfolge der Russen gegen die Polen und das immer weitere Vordringen der Roten Armee, die schon in der Nähe der ostpreussischen Grenze steht, lenken unsere Aufmerksamkeit immer mehr auf dieses mächtige Kriegsinstrument, das sich die Sowjetregierung geschaffen hat. Ein Urteil, das auf eigener genauer Beobachtung beruht, gibt der Sonderberichterstatter der „Daily News“, Walter Meakin, ab, der mit den Vertretern der englischen Arbeiterpartei in Rußland verkehrt hat und soeben nach England zurückgekehrt ist. Er wendet sich gegen die immer noch verbreitete Ansicht, als ob man es hier mit einem Heer blutdürstiger Räuber zu tun habe, und meint, daß auch diejenigen, die die schweren Niederlagen der Sozialisten und Juden nicht von der Schwächheit der Roten Armee überzeugen konnten, nunmehr wohl ihre Ansicht ändern müßten.

Ich zweifle nicht an der Behauptung, daß die Rote Armee jetzt 3 Millionen Mann zählt, schreibt Meakin. Es ist in der Hauptsache eine junge Armee, die sich aus der industriellen und der Bauernklasse rekrutiert. Sie wird geführt von Arbeiteroffizieren und zaristischen Offizieren; beide Gruppen sind etwa in der gleichen Zahl vertreten. Der Oberbefehlshaber ist General Komarow, der früher dem Generalstab des Zaren angehört und jetzt im Kriegsministerium befehligt. Die einfache, festgeschlossene blaue Uniform, die er trägt, ist ein äußeres Zeichen für die Gleichheit aller jener militärischen Formen und Auszeichnungen, die früher herrschten. Er arbeitet zusammen mit Stabsoffizieren aus der Arbeiterklasse und mit einem kleinen militärischen und politischen Stab, in dem zwei nichtmilitärische Kommunisten sitzen müssen. Tschaschawski, der junge Befehlshaber an der polnischen Front, ist während des Kalkas-Belagerung „entdeckt“ worden. Seine vorzügliche Organisation der letzten Phase dieses Krieges und seine großen Erfolge haben ihn als den geeigneten Mann erscheinen, um den Befehl über die gegen Polen aufgestellten Heere zu übernehmen. Er stammt aus einer Arbeiterfamilie und war im Heer des Zaren Unterleutnant. Er ist jetzt Kommunist und ein gelehrter Führer. Er verbindet außerordentliche organisatorische Fähigkeiten mit militärischer Tüchtigkeit, großen persönlichen Mut und der Gabe, sein eigenes Heer seinen Truppen mitzutheilen. Erfahrene Leute bezeichnen seine Begabung als napoleonisch.

Im ganzen kann man sagen, führt Meakin fort, daß die russische Armee gut ausgerüstet und gewidert ist, wenngleich die Verschiedenartigkeit der Uniformen von der eiligen Auffstellung der einzelnen Formationen erzählt. Bei einer Parade bemerkte ich Leinwandhosen in den verschiedensten Farben und Pelzkleider oder Kettenhauben in Blau, Braun und Grün, dazwischen einige wenige rote Ueberreste früherer Tage. Die Einrichtungen und die ganze Haltung der Roten Armee ist von der irgendeiner andern gut aus-

gebildeten europäischen Truppe nicht verschieden. Die hervorragende Besonderheit dieser Heere liegt in der härmlichen politischen und erteilischen Propaganda, die sich immer deutlicher bemerkbar macht und im Verein mit der Begeisterung, dem Mut und der Opferbereitschaft besonders aufschreiender kommunistischer Einheiten dem Sowjetheer seinen einzigartigen Charakter verleiht.

Die Armeepropaganda ist eine besondere und sehr wirkungsvolle Abteilung der reinen Organisation, durch die die politischen Führer ihre Ideen und Ziele ins Volk tragen. Dichter, Künstler, Sänger, Schauspieler und Gelehrte sind zu dieser Propaganda herangezogen. Die kommunistischen Bataillone unterwerfen sich selbst der strengsten Disziplin. Sie stellen besondere Strohtruppen auf und feuern durch ihren Mut und ihre Kühnheit die übrigen Truppen an. So stellte z. B. bei Worjow im Juni ein kommunistisches Bataillon die bereits vom Feinde durchbrochene Front wieder her und verlor dabei 400 Tote. In den Offiziersausbildungsschulen werden Tausende von jungen Arbeitern herangebildet, die von den Gewerkschaften ausgewählt sind. Von diesen sind 85 Proz. Kommunisten, 50 Proz. solche, die mit dem Kommunismus sympathisieren, und die übrigen Menschewitz, Sozialrevolutionäre und Parteilose.

Dies die Beobachtungen Meakins. Sie bestätigen durchaus das auch aus anderen Berichten zu gewinnende Bild, das diese Rote Armee großartig als feierlich geforderten Ausdruck einer nationalen, aus den Massen aufgestiegenen Volksbewegung erkennen läßt.

Tom Geiß in den Berliner Theatern. Deutsche Sommerhändeln, gewisse Berliner vorkan, haben sich, wie sie gegeben, aus varen Geschichtlichen wieder auf solche französische Schwärze geworfen. Sie verbinden den hohen Namen, den der Name an sich, abermals anerkennen, und es zeigt sich, daß das gezeichnete Publikum heute wie einst für belagerten Spind vorhanden ist. Das heißt natürlich in seinem Land, und die es insbesondere in Paris damit steht, läßt ein Verzicht erkennen, den Otto Grautoff loben den „M. R. R.“ sendet. Er schreibt über die Wollenordhändeln, von denen die Spalten der Berlinerblätter voll sind:

„Es genügt, mit einem Wort darauf hinzuweisen, daß alles beim alten geblieben ist. So erstaunlich es klingen mag: Es ist alles wie sonst. Gewiß die Stücke tragen andere Titel. Die Besetzung hat sich wenig verändert. Aber es wird immer noch für ein internationales Publikum das drei- oder vierstellige Verhältnis in mehr oder minder leichter Form abgewandelt.“

Aber noch ein Weiteres, das aus anderen Gründen Beachtung verdient, kann Grautoff berichten. Als ein „bemerkenswertes Symptom“ für die großen Bühnen“ wird der „durchschlagende Erfolg“ des kriegsleiblichen Stückes „La captive“ (Die Gefangene) gepunkt, das von Gaston Emile Perris geschrieben ist, und mit dessen Aufführung das Theater Antoine seinen alten Ruhm erneuert. (Wie wäre wenn der Eifer, den Berliner Bühnen den Pariser Schwanenköpfe anwenden, unerschütterlich diesem Stücke zuteil würde?) Und dann stellt Grautoff fest:

„Vom „Antididam“ ist nirgends mehr etwas zu spüren weder in den Volkstheatern, noch in den Café-Konzerten wird Frankreichs Vertrieben. Die Kriegselendenschaft und mit ihr der Verfall der Nation gegen alle Deutsche sind im Volk verfloren. Dagegen sind augenblicklich Verfallungen auf Clemenceau, Transaktionen der Engländer und Amerikaner an der Tagesordnung.“

Auch die Mitteilung von dem Verschwinden der Deutschen von den Stätten, wo das Pariser Volk seiner Laune die Fügel schwingen läßt, kann als ein Zeichen gelten, wie wichtig die Freiheit war, die wir längst in Berlin erleben müßten.

Der französische Arbeiterdichter Pierre Dupont, dessen Gefänge die Stimmung der achtundvierziger Februarrevolution vorwegleben und im Fühlen der Zeit vordereiten lassen, hat heute vor fünfzig Jahren. Er war ein Erbe der politischen Chansonbildung des großen Beranger und wurde in den vierziger Jahren mit dem Anmachern der Revolution des Proletariats eine allgemein beachtete Stimme der Volksmeinung. Der in Lyon, der Stadt des Seidenwebereibens, 1821 geborene und eine Zeitlang selbst in einer Seidenfabrik als Arbeiter tätig gewesene Dichter schrieb das hübsche „Lied von Troie“, aus dem der Schrei der hungernden Massen drohend in den Marschgesängen der Soldaten emporklänge, und er gab mit dem Namen der Revolution den Ideen der Weltveränderung durch Selbstverbrüderung die rechte Ausdruck, die in dieser Zeit des Freiheitskämpfers die immer noch fortdauernde Macht Russlands, des Geistes und der Traditionen der großen Revolution bewies. Sein „Lied der Arbeiter“, der „Gesang der Völker“, ein „Gesang der Studenten“ und „Gesang der Soldaten“, die alle durch einprägnante Bilder ihren politischen Kerngehalt stark betont, sind lobende Klammern jener Revolution, in der Frankreich als Vorkämpfer der Weltbefreiung von den Völkern begehrt wurde. Auch Duponts Strophen beweisen, wie sehr Frankreich selbst an diese seine Mission mit dem Traum der Weltveränderung einer Völkerrepublik glaubte. Bewegung und nachdenklich liegt man heute diese aus erschüttertem Innern herausgehörten Gefänge, die Alfred Reihner und Adolf Strodtmann damals in hingehörtem Gleichempfinden verbeist und nach Deutschland hinein verbreitet haben.

Ein Marientheater. Das Dresdner Künstler-Marientheater unter Leitung von Joseph Dierckhage am Freitag nachmittags die Probe zu einer Sondervorstellung in dem etwas primitiv ausgestatteten Saal des Hofes zur Linde in der Friedrichstraße eingeleitet. Wenn auch die Aufführung bei der „Rappenspieler“ Don Juan aus „meines Leben“ nicht außerordentliches hat, so stellt sie doch auf dem Gebiet der Marientheater ein recht anerkennenswertes Zeugnis dar. Die Typen waren sehr hübsch, zum Teil sogar ziemlich luxuriös geputzt, auch die Dekorationen waren ganz einwandfrei. Nur die Dralle waren gar zu sichtbar, was die Wirkung milder Szenen beeinträchtigte. Ausgesprochen war die im unvollständigen höchsten Punkte vorgetragene Rolle des Casperella, des Dieners des Don Juan. Weniger glücklich waren die weiblichen Figuren; das schwache Gesicht war auch die schwache Seite der Rolle. Eine als Fugate vorgeführte Szene: Die italienische Sängerin mit ausgesprochenem Gramophonbegleitung erhielt ebenso lebhaften Beifall wie das Hauptstück.

Groß-Berlin

Saugurkenzeit.

Das ist die Zeit der mangelnden Prinzipien. Man wird — wie sag' ich gleich? — zum bloßen Menschen; Ob Spartakist, ob von den Vaterländischen, Man schwärmt Natur, man hält am Arm sein Liebchen. Ein U. S. V. ler — es ist nicht zu sagen — Im Walde pflog er sähe Diebelei Mit einem Fräulein von der Volkspartei Am vorigen Sonntag war's, bei Friedrichshagen. Ein Jüngling — das ist wahrlich ein Skandal — Trotz Halsenkreuz, Monofil, feinsten Schmissen, Erklärte seine Liebe, hingerissen, Der Frau K. K., geborenen Feischenthal. Sogar beim Zentrum sind die Sitten lose. Ich sah — der Kopfschmuck sträubt sich dem Chronisten — Im Wannsee, Roske nicht, noch Sozialisten, Kein, einen Geißlichen in Wadehose.

Ja, werden denn politische Engel Schurken? Vergißt der Mensch denn seine hohe Sendung? Ein Flugblatt selbst fand gräßliche Verwendung Jüngst in Grünau, zurzeit der sauren Gurken.

Lucian.

Aus der Verbrecherchronik.

Neue Raubüberfälle.

Die Verbrechen häufen sich in den letzten Tagen in geradezu erschreckender Weise. Gestern mußten wir nicht weniger als drei Raubmorde melden und heute liegen bereits wieder Nachrichten über zwei Raubüberfälle vor, bei denen Menschenleben glücklicherweise nicht umliefen. Nachstehend lassen wir die Berichte, die über die Verbrechen vorliegen, folgen. Ein schwerer Raubüberfall, bei dem dem unbekannt entkommenen Täter 15000 Mark bares Geld in die Hände gefallen ist, wurde vorgestern mittags in der Alexanderstraße 10 verübt. In dem alten Gebäude, der früheren Alexander-Kaserne, bewohnt die 73 Jahre alte Witwe Eva Hill, geborene Juchacz, mit ihrer Tochter in zweiten Stockwerk Stube und Küche. Die Greisin erzählt Armenunterstützung, während die Tochter durch Handel etwas hinzuverdient. Gestern um die Mittagstunde, als die Tochter einige Einkäufe für den Haushalt machte, wurde die alte Frau von zwei selbigen gekleideten Männern überfallen und beraubt. Diese mußten sich in dem Hause verdeckt gehalten und das Wesagen der Tochter abzuwarten haben. Die Räuber drangen in die Wohnung der Greisin ein, warfen sie auf ein Liegestuhl, deckten ihr mehrere Kissen über den Kopf und verhinderten sie so am Schreien und raubten die gesammelten Ersparnisse der alten Witwe, 15000 Mark, die diese im Bett verdeckt gehalten hatte. Diesen Aufbewahrungsort mußten die Räuber gefast haben, denn sie rissen das ganze Bettzeug heraus, um an die Ersparnisse zu gelangen. Mit diesen eilten sie dann davon und entkamen, bevor die Ueberfallene wieder zu sich gekommen war.

Gestern abend wurde ein Raubüberfall in der Kolonie Grünwald auf offener Straße verübt. Als die Ehefrau eines Rechnungsrates aus der Hohrechtstraße dort durch die Humboldtstraße ging, sprang plötzlich ein junger Mann hinter einem Baum vor, warf der Frau eine Hand voll Pfeffer in das Gesicht, entriß ihr im gleichen Augenblick die Handtasche, schlang sich dann auf ein in der Nähe verdeckt gehaltenes Fahrrad und jagte auf diesem davon. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen wurden andere Leute herbeigelaufen, die sofort die Verfolgung des unendlichen Räubers aufnahmen.

Gegen der Erde.

Roman von Anst. Hemlin.

Der Vorfisende bemerkte: „Ja aber, wären es nun noch der Rede der Frau, Schultheiß nicht eigentlich die Kindesmörderinnen, die die ausgezeichneten Kinderwädchen geben sollen?“ O, aber der Vorfisende war nicht uneinig mit Frau Schultheiß Heyerdahl, ganz im Gegenteil, auch er fühlte menschlich, ganz priesterlich mild. Während der Staatsanwalt dann noch ein paar Fragen an die Frau Schultheiß richtete, sah der Vorfisende ruhig auf seinem Stuhl und schrieb sich Anmerkungen auf. Es war nicht viel mehr als eine Vormittagsverhandlung, da nur sehr wenige Zeugen zu verhören waren und die Sache ja auch ganz klar lag. Axel Ström sah da und hoffte das Beste, dann schienen sich indes plötzlich der Staatsanwalt und die Frau Schultheiß zu vereinigen, um ihn in Angelegenheiten zu bringen, weil er die Kindesleiche begraben hatte, stott den Todesfall zu melden. Er wurde mit Strenge verhört und hätte vielleicht diesen Punkt nicht allzu gut erklären können, wenn er nicht hinten im Saal Geißler wahrgenommen hätte. Ganz richtig, da sah Geißler! Das gab Axel eine Art von Stütze, er fühlte sich nicht mehr einsam und verlassen der Obrigkeit gegenüber, die ihm zusehe wollte, Geißler nickte ihm zu. Sowohl, Geißler war in die Stadt gekommen. Er hatte sich zwar nicht als Zeuge gemeldet, aber er war doch zur Stelle. Er hatte auch vor Beginn der Verhandlung einige Tage dazu verwendet, sich Einblick in den Fall zu verschaffen und das aufzuschreiben, was er noch von Axels Bericht auf Maaneland wußte. Die meisten der vorliegenden Dokumente waren in Geißlers Augen nur Blöde; dieser Schultheiß Heyerdahl war ein sehr beschränkter Mensch, er hatte es bei seiner Untersuchung von Anfang an darauf angelegt, Axel zum Mitwisser an dem Kindsmord zu stampeln. Dieser Ziel, dieser Dummkopf, er verstand nicht das mindeste vom Leben im Oedland, er sah nicht ein, daß dieses Kind gerade das Band war, das die weibliche Hilfskraft an Axels Hof fesseln sollte. Geißler redete mit dem Staatsanwalt, aber er bekam den Eindruck, daß dies gar nicht nötig gewesen wäre: Er wollte Axel dazu verhehlen, daß er wieder auf seinen Hof im Oedland kam, aber Axel brauchte gar keine Hilfe. Rein, denn es sah ja sogar ganz vielversprechend für Barbro selbst aus, und wenn sie freigesprochen wurde, fiel Axels Mißstand von selbst weg. Es kam nur noch auf die Zeugenausreden an. Nachdem die paar Zeugen verhört waren — Lind war nicht vorgeladen, aber der Schultheiß, Axel, ein Zwischwärtiger und ein paar Mädchen aus dem Dorf —, nachdem also diese verhört waren, wurde Mittagspause gemacht, und

Es gelang ihnen auch, ihn in der Nähe des Rathauses zu stellen und festzuhalten. Die eraubte Tasche hatte der Denael schon inageworfen. In seinen Taschen fand man jedoch noch eine Pistole mit Pfeffer und eine Selbstladepistole. Der Verhaftete wurde der Polizei übergeben, der er jede Angabe über seine Person und seine Wohnung verweigert.

Auf die Erreicherung der Mörder der Witwe Thielemann, es handelt sich nach den neueren Feststellungen wahrscheinlich um zwei, sind je 15000 Mark Belohnung ausgesetzt. Der 21 Jahre alte Schlosser Otto Riedel ist zweifellos an dem Verbrechen beteiligt gewesen. Als zweiter Mörder kommt ein anderer Schlafbürsche der Ermordeten in Frage, der, wie die Feststellungen der Kriminalpolizei ergeben haben, seit vergangener Sonntag bei der Greisin wohnte, aber noch nicht gemeldet worden war. Dieser neue Schlafbürsche, ein junger Mann von etwa 20 Jahren, ist nach dem Verbrechen ebenfalls verschwunden. Er ist im Hause nur höchst selten gesehen worden. Er soll mittelgroß und schlank sein, dunkles Haar haben und mit einem Pfeffer- und Salz-Rodetzanzug besetzt gewesen sein. Wer über diese beiden Personen irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird ersucht, sich bei den Kriminalkommissaren Dr. Schuppe und Bernburg im Zimmer 51a des Berliner Polizeipräsidiums (Hansarraf 150) zu melden.

Die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei zur Aufklärung des Raubmordes an dem Kaufmann Paul Wolmer aus der Prinzenstr. 89 haben ergeben, daß dem Mörderpaar hohe Werte an Schmuckstücken in die Hände gefallen sind. An barem Gelde sind ihnen nur etwa 2-3000 Mark in die Hände gefallen. Außerdem aber raubten sie dem Ueberfallenen, der der Sohn eines Hotelbesizers aus Marienbad ist und sehr vermögend war, vom linken Finger der linken Hand einen Brillantring mit einem 2,4266 Karat großen, in Platin gefaßten Brillanten und einer 14karätigen goldenen Drahtkette. Dieser Ring ist allein 45-50000 Mark wert. Ein Platinbandring mit einem Brillanten und zwei Saphiren und ein 14kar. Damenring mit Rosen, die der Ermordete an der Uhrkette trug, sind ebenfalls mit der Uhrkette und der Uhr verschwunden. Die Uhr ist eine 14kar. Omega-Uhr, die Kette eine 14kar. goldene Kettenschnur. Auf die Wiederherbeschaffung hat der Mitinhaber des Verkaufsstückergeschäftes Wolmer, Herr Hardig, eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt. Außerdem auf die Ermittlung der Täter, außer den von der Kriminalpolizei ausgehenden 6000 Mark, weitere 5000 Mark.

Die Vernehmung des Herrn Hardig läßt erkennen, daß der Raubmord ein von langer Hand vorbereitetes Verbrechen ist. Das angebliche Ehepaar Carlts war vormittags in dem Geschäft von Wolmer in der Prinzenstr. 89 gewesen, um als kaus verheiratetes Ehepaar aus der Provinz Verkaufsstückergüter zu kaufen. Zur Abwicklung des Geschäftes bestellten sie Herrn Wolmer nach dem Hotel.

Nach der jetzt genauer festgestellten Beschreibung ist der angebliche Kaufmann Carlts 1,75 bis 1,77 Meter groß und schlank, steht in der Mitte der zwanziger Jahre, hat blondes Haar und einen blonden, kurzgeschneittenen Schnurrbart, ein klares, dreieckiges Gesicht mit hervorstechenden Backenknochen und eine große Haltung. Er trug einen dunklen Rodanzug, fast schwarz, einen weißen Stehragen, wahrscheinlich schwarze Schuhe und schwarze Stiefel. Seine angebliche Frau trug einen schwarzen Hut, dessen Krempe soweit herunterhing, daß die Ohren bedeckt waren. Außerdem trug sie noch einen schwarzen Schleier mit breitem Rand, der bis über die Brust reichte. Ein schwarzer Mantel bedeckte ihre ganze übrige Kleidung. Beide trugen Trauringe. Wer über die Täter irgendwelche Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Mordkommission Wolmer im Berliner Polizeipräsidium zu melden.

Das Schieberwesen im Seifenhandel.

Hierzu ersucht uns der Schuberband Deutscher Seifenhändler um Veröffentlichung folgender Klarstellungen: Im Seifenhandel sind in letzter Zeit Verhältnisse eingetreten, welche beim einkaufenden Publikum mit Recht stärksten Mißtrauen gegen die Seifenhändler hervorgerufen geeignet sind.

Bekanntlich werden mit Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums durch die „Seifen-Herstellung- und Vertriebs-Gesellschaft“, dem sogenannten Seifenkartell, die Richtpreise für festhaltige Waschnittel festgelegt, welche einzuhalten der gesamte Seifenhandel verpflichtet wird. — Nach diesen betragen jetzt die Preise bis auf weiteres: 1 Stück reine Kernseife 5 M., ein Doppeltuch reine Kernseife 10 M., 1 Stück reine Feinseife 5 M., 1 Stück Rasierseife 2,50 M., 1 Stück K.-L.-Seife 3,50 M., 1 Pfund-Paket Seifenpulver 3,50 M., 1 Pfund-Paket Seifenpulver 7 M.

Durch Preisstafeln in Schaufenstern, speziell von Lebensmittelgeschäften, welche sich gegen jede hygienische Vorschriften ebenfalls mit dem Verkauf von Seifen usw. befassen, werden nun die einkaufenden Hausfrauen irreführt, indem auf diesen Tafeln die Preise für oben genannte Artikel bis zu 80 Prozent unter den Richtpreisen angegeben werden. Da nun die Einkaufspreise des legitimen Seifenhändlers diese niedrigen Verkaufspreise zeitweilig noch weit über treffen, kann es sich naturgemäß nur um sogenannte Schieberware oder um die vom behördlich zugelassenen Verkauf zurückgehaltenen Waren handeln.

Zur Klärung dieser Erscheinung hat der Schuberband Deutscher Seifenhändler nunmehr energische Schritte unternommen und hat die tatsächliche Feststellung machen können, daß obige Vermutungen zu recht bestehen. Die den Hausfrauen zu niedrigen Preisen angebotene Seife ist die sogenannte Magistrateife, welche seinerzeit prozentual der eingereichten Pulvermarken mit 850 M. zur Verteilung gelangen sollte, welche aber durch die plötzlich einsetzende, ganz merkwürdige Anaptheit an Seife unter Hausfrauen nicht erhalten konnten. Wenn jetzt die Seife selbst mit 8 M. (anstatt zum behördlich festgesetzten Preise von 10 M. pro Kiesel) verkauft wird, ist eine Verminderung um zirka 5 M. pro Kiesel festlegend. Der Schuberband Deutscher Seifenhändler hat in den letzten Tagen bereits einige derartige schamlos handelnde Firmen der Staatsanwaltschaft angezeigt, welche vorkommende Lagerbestände sofort beschlagnahmen ließ, und verwahrt das laufende Publikum im eigenen Interesse, sich durch das scheinbar „niedrige“ Angebot nicht irreführen zu lassen. Es handelt sich hier um Seife, welche die Hausfrauen — als sie noch 5 M. billiger war, durch den schamlosen Eingriff dieser Schieber entbehren mußte. Das Arieaschmeramt, Seifenkartell und der Ueberwachungsamt im Seifenhandel wurden bereits entsprechend informiert.

Der Groß-Berliner Forstbesitz.

Es dürfte von Interesse sein, zu erfahren, über welche Waldflächen die Stadtgemeinde Berlin vom 1. Oktober ab — abgesehen von den Parks und Gartenflächen — verfügen würde. Das jetzige Berlin hat einen Forstbesitz von etwa 29000 Morgen, und zwar entfallen auf älteren Besitz zirka 15500 Morgen und auf Zank 13500 Morgen. Hierzu kommen die Waldungen des Zweckverbandes von rund 40000 Morgen. Ferner bringen in das neue Berlin ein Epenid etwa 4050 Morgen, Spandau 4800 Morgen, und die andern Gemeinden einen Waldbestand auf ihren Gütern im Umfange von etwa 8800 Morgen. Die Stadtgemeinde Berlin wird also am 1. Oktober einen Forstbesitz von 82100 Morgen haben.

Nur eine Stadt im Deutschen Reich hat einen größeren Waldbesitz als Berlin, und zwar Görlitz mit etwa 132000 Morgen. Die übrigen Städte folgen erst in sehr weitem Abstände. Erwähnt seien Bunsau mit 88000 Morgen, Frankfurt a. O. mit 18000 Morgen, Leipzig mit 15600 Morgen, Stuttgart mit 19000 Morgen, Läden mit 16000 Morgen, Frankfurt a. M. mit 13500 Morgen, Breslau mit 8150 Morgen, Hannover mit 4200 Morgen.

Widerliche Neckameiserei.

Vor einigen Wochen brachte ein Berliner Blatt die aufsehenerregende Meldung, daß 2000 deutsche Kriegsgefangene bei einer Schiffskatastrophe in der Rarenmündung den Tod gefunden hätten. Zum großen Glück und zu unserer aller Freude stellte sich diese Drobmeldung als falsch heraus. Da erblickte man gestern an

Papieren, zum Zeichen, daß er jetzt abbrechen müsse. „Ja,“ sagte er geistesabwesend, „ja, ja wohl.“ — Geißler bedankte sich für die außerordentlich lehrreiche Unterredung, der er genügend worden sei, und ging.

Er legte sich in den Gerichtssaal, um beizugehen da zu sein. Seine geheime Nacht fixierte ihn wohl sehr: er wußte von einem gewissen abgezeichneten Heud, in dem — Beizentris geholt werden sollte, und von einer Kindesleiche, die einmal im Stadthafen umhertrieb, er konnte das Gericht auffrisen lassen, ein Wort von ihm würde so gut sein wie tausend Schwärzer. Aber Geißler hatte gewiß nicht im Sinn, dieses Wort jetzt auszusprechen, wenn es nicht notwendig wurde. Das war ja ausgezeichnet, sogar der öffentliche Ankläger stand auf Seiten der Angeklagten!

Der Saal füllte sich, und das Gericht trat wieder zusammen.

Das wurde eine reizende Komödie in der kleinen Stadt, der ermahrende Ernst des Staatsanwalts, des Verteidigers rührselige Veredsamkeit. Die Geschworenen sahen da und horchten zu, was sie wohl über Barbro und ihres Kindes Tod zu denken hätten.

Allerdings, so ganz einfach war es nun doch nicht, das herauszufinden. Der Staatsanwalt war ein schöner Mann von Ansehen, und er war gewiß auch ein guter Mensch, aber etwas mußte ihn ganz kürzlich erst geärgert haben, oder vielleicht war ihm eingeleiten, daß er in der norwegischen Rechtspflege einen Standpunkt aufrechtzuerhalten habe, wer weiß! Es war unbegreiflich, aber er war nicht mehr so zugänglich wie am Vormittag, er rihte die Wiffelst, falls sie gelassen sei, scharf, sagte, es sei ein dunkles Blatt wun mit Bestimmtheit gesagt werden könne, daß die Sache wirklich so dunkel sei, wie man nach einzelnen Zeugenausreden glauben und meinen könne. Darüber hätten die Gerichtsbeizler zu entscheiden. Er selbst möchte die Aufmerksamkeit auf drei Punkte lenken: der erste Punkt sei der, ob hier eine Geburt im geheimen vorliege, ob diese Frage den Herren Richtern klar sei? Hier machte er einige persönliche Bemerkungen. Der zweite Punkt sei das Akteidungstüch, das halbe Hemd, wozu die Angeklagte das mitgenommen habe? Ob sie eine Ahnung gehabt habe, daß sie es brauchen werde? Er erwiderte diesen Punkt noch weiter. Der dritte Punkt sei das sehr verdächtige heimliche Begräbnis, ohne den Todesfall dem Geistlichen und dem Schultheiß zu melden. Hierbei sei der hier anwesende Mann die Hauptperson gewesen, und es sei von der größten Wichtigkeit für die Geschworenen, sich hier die richtige Ansicht zu bilden. Denn es sei ja doch einleuchtend, daß der Mann Mitwisser sei, und wenn er das Begräbnis auf eigene Hand vorgenommen hätte, so wußte sein Dienstmädchen eine Wiffelst begangen haben, deren Mitwisser er geworden war.

„Gut!“ ertönte es im Saale. (Fortf. folgt.)

den Berliner Anschlagfäden ein Pfad, das auf dem ersten Blick das Blut in den Adern erstarren ließ. In auffallendem Zeitdruck las man da:

2000 Deutsche in der Rarenmündung ertrunken.

Erkrankt blieb das Publikum stehen, um nach dem Leben der Heberdarsteller in eine namenlose, aber berechnete Wut zu geraten, denn in kleiner Schrift hieß es auf dem Plakat:

Diese Werbung hat sich nicht bestätigt... Wer einen kleinen Einblick in das qualvolle Leben der Kriegsheldengewinnen will, der komme noch heute abend in die Film-Palast-Börse, Rosenthaler Straße.

Jedem Geschäftsmann steht das Recht auf Reklame zu. Er braucht sie wie das liebe Brot. Von uns aus soll er sie so schreiend machen, wie es ihm beliebt. Ganz entschieden front und müssen wir gegen eine solche übertriebene, mit der Sentimentspeitsche arbeitende Reklame machen. Mit aller Deutlichkeit muß es gesagt werden, daß uns das Gedanke an die noch in Gefangenschaft schmachtenden Brüder zu heilig ist, als daß wir es in dieser Weise zur Kinoreklame mißbrauchen lassen.

Das ganze deutsche Volk wird mit uns einig sein in der Verurteilung derartiger Geschäftspraktiken, für die nicht einmal die allgermeine, durch den Krieg verursachte Sittenverrohung als Entschuldigung angeführt werden kann.

Wißwände bei der Rentenaufzahlung. Im Anschluß an die Wohnung an die Empfänger von Militärrenten zur pünktlichen Abholung ihrer Renten geht uns eine Frage auf diesen Anreizen zu, die besagt, daß sich auf dem Postamt 20 in der Prinzessinnen- und die Versorgungsstellen an jedem 20. pünktlich einfinden, nicht aber die Beamten. Wir kennen die riesige Arbeitslast, die auf den Beamten ruht und haben schon des Öfteren die zuständigen Stellen um Erleichterung derselben ersucht. Scheinbar ohne Erfolg. Offenbar sieht man endlich einmal ein, daß auch die Opfer des Krieges ihre Zeit nicht gestohlen haben und daß Abhilfe dringend nötig ist. Eine schnelle Abfertigung ist schon mit Rücksicht auf die teilweise sehr schweren Verwundungen dieser Leute, die ihnen das Stehen zur Qual machen, und auf die Gerechtigkeit, die aus diesem Zustand entsteht, geboten.

Ferner werden wir gebeten die Versorgungsanstalt zu befragen, wann die Berechtigten in den Genuß der ihnen seit dem 1. April d. Js. zuzuführenden Rente kommen.

Was uns alles zugemutet wird.

Ein neues Verzeichnis von 678 nicht genehmigten Erfolgswortmitteln hat das Reichswirtschaftsministerium jetzt wieder zusammengestellt. In drei Hälften hat der Reichswirtschaftsminister selbst die Genehmigung ausgenommen. In 100 Fällen verordnete der Hersteller auf die weitere Herstellung, Änderungen der Richtlinien machten es in 215 Fällen notwendig, die Genehmigung zurückzunehmen. Aus anderen Gründen wurde die Genehmigung in 35 Fällen zurückgenommen, im ganzen also 353 mal. Verlagt wurde die Genehmigung in 320 Fällen, 163 mal vom unabhängigen Sachverständigen, 155 mal wurde der Antrag auf Genehmigung vor der Entscheidung zurückgezogen. Auch die schönsten Namen halfen nichts. Die Bezeichnung Götterpeise (D. Red.) wurde nicht weniger als dreizehnmal abgelehnt. Der Ablehnung verfielen auch eine Hindenburg-Gewürzsalz, verschiedene Champagner-Weine, Cognac, ein koffeinhaltiger Getränke-Extrakt, Corned Beef aus Rindfleisch, alkoholfreie Getränke usw. Grund der Ablehnung war: Verstoß des Herstellers, die Beschaffenheit seines Betriebs, Unzuverlässigkeit, Mangel an Sachkenntnis oder den erforderlichen Einrichtungen, gesundheitliche oder volkswirtschaftliche Bedenken, ungewöhnliche Zusammenlegung oder Verpackung, zu geringer Nähr-, Genuß oder Gebrauchswert, irreführende Bezeichnungen usw.

Und was werden wir in unserer Not — die gewissenlose Geschäftemacher auszunutzen verstanden — schon alles gegessen und getrunken haben, ohne Genehmigung und trotz Verbot?

War die Quälerei während der Ferien unseren Kindern zu erlauben, muß darauf hingewiesen werden, daß Erziehung von der Speisung auszuwählen sind. Geprüft werden nur Kinder, die von den Schulärzten untersucht sind. Geessen wird ohne Ausnahme an den Ausgabestellen. Wirtshaus ins Haus ist ausgeschlossen. Es wird dringend gebeten, im Interesse der Weiterführung der Speisung diese Vorschriften zu beachten.

Die Strafe.

Von Willi Birnbaum.

Wie ausgestorben liegen die Gassen der Vorstadt. Lastende Sonnenglut brüht über Häuser und Straßen; selbst die ewig lezten Spagen sitzen im schattigen Grün der Straßendäume, sie dösen oder träumen; wer kann es wissen? Sie und da hüpfen ein paar barfüßige Burken vor statt ihrer über den Weg. Wie ich so einsame Straßen gehe, mühte ich an Jahre des Krieges denken, an tote, zerstörte Dörfer, an uniere leidenschaftliche Sehnsucht zu Leben und Menschen deutscher Heimatstraßen und -städte. Licht- und Hand urplötzlich des Bild vor mir, da ich nach neun langen Stunden aus zerstörtem, verwildertem Land vor Verdun ein verwundeter, im Lazarett — doch endlich wieder einmal frohe, junge Burken an mir vorbeiziehen sah. Das war ein Stück pulsirendes Leben, ein frischer Windzug nach langen, mühen sehnlichst lebenden Monaten.

Wahrlich — in Kriegsjahren haben gar viele erst sehen gelernt. Abgewöhnt war zerronnen, der Alltag der Heimat fehlte an allen Ecken, und die dieses verloren, wußten nun erst um den Besitz zu träumen. So unscheinbar ehemals dieses, da draußen in Dorfgegend — träumten wäre es Erlebnis geworden.

Was waren Urlaubstage anders denn ein einziger Traum, Lichterden schon. Wie trunken sind wir von Jahr zu Jahr die beiden Straßen und Plätze wieder gewandert. Immer sahen wir neues, anderes, das uns hielt, zum Denken zwang, nichtwerkend das Volk, das so ganz achlos an allem vorüberging. So lag auf unsern Gesichtern, wenn wir die Menschen fuchen hörten dem Sturm oder wenn sie stöhnten ob so großer Wut der Sonne, das waren wir so gewohnt. Das Leben hinter der Maske lag ihnen fern; wir kamen dem näher.

Vor mir geht ein junges Mädchen die Straße hinauf, in Sonne gebadet ihr schlanker Körper; violettfarbene, bald licht, bald scharlach leuchtet ihr rosa Kleid in goldenem Lichte, ein stetig Spielen, Gackern und Zueinanderfliehen der Farbenblößen.

Ich mühte lächeln. Wie hätte ich solches ehemals gesehen? Wenn Kriegsamerade, der Vater weckte mich den tiefen Farbenblößen. Aber sind nicht Häuser, Straßen, Plätze, Winkel und Gassen das Kleid der Stadt und die Menschen das Gesicht? Das Leben und Treiben auf Straßen und Plätzen, hat es nicht Tönungen und Wandlungen tausendfach?

Augusttage 1914, Tage des Kriegsbeginns. Auch da lag Sonnenglut über der Vorstadt. Doch menschenleer waren die Straßen nicht: o nein, da flutete es Kopf an Kopf zu den Zeitungstischen und stante sich am Platz. Ich, so wenig Trost sah ich in den Augen, es war nur Enttäuschung, Sehnsucht, Wehmut, Klage, Propheetenworte hatten unzählige an Häusern; sie alle wurden Lügen gestraft, die Optimisten. Wenn einer so Schweres gekündet hätte, wie es

Das nächste Volkstheater des Bühnen-Direktors findet Sonntag, 7. Juli, in den Germania-Theatralen, Hauptstr. 110, statt. Karten im Hauptkassierbüro, Engelstr. 15 (Sternplatzhaus); Dreherbureau, Hauptstr. 76 (11-1 Uhr); "Formwärts", Lindenstr. 2; "Freiheit", Breite Straße 8/9 und an der Abendkasse.

Überlottenburg. Die Ausgabezeiten der allgemeinen Speisung Berliner Str. 189/140, Rankestr. 27, Kaiser-Friedrich-Str. 100, Königin-Elisabeth-Straße 6 und Friedbergstraße 1 werden am 31. Juli geschlossen. Von da ab bestehen nur noch die Ausgabezeiten Rankestr. 140 (Vormittagspeisung werktäglich von 11 bis 3 Uhr und Nachmittagspeisung von 4 1/2 bis 4 3/4 Uhr) und Charlottenburger Ufer 50/52 (Vormittagspeisung werktäglich von 11 bis 3 Uhr und Sonntagspeisung von 10 bis 1 Uhr).

Neußeln. Die hiesige Gartenbauerschule feiert am Sonntag ihr Centesim auf dem Sportplatz an der Grenzallee. Anfang 3 Uhr. Alle Kinder und Eltern werden erwartet.

Bris. Einen Vortrag über Kochkunst hielt in Peders Reichsden die Kochkünstlerin Felicitas Ohms. An praktischen Beispielen zeigte die Vortragende, wie man mit den vorhandenen Vorräten und Kochgeschirren sparen, sowie die vorhandenen Lebensmittel besser ausnützen und schmackhafter zubereiten kann. Miteilig wurde der Wunsch laut, daß dieser Vortrag baldmöglichst wiederholt werden möge. Der Gemeindevorstand hat diesem Wunsch bereits Rechnung getragen und findet der nächste Vortrag am Dienstag, 7. Juli abends, wiederum in Peders Reichsden, Hauptstr. 97, statt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. In der Woche vom 24.-31. Juli werden die Maerkmilchsorten der Serien I, II und III mit je 1/4 Liter Reiner-Buttermilch geliefert. Der Preis für das halbe Liter beträgt 62 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 24. Juli:

Niederschönbäumen. Sommerfest im Lokal „Schloß Schönhausen“, Lindenstr. 11. Beginn des Konzerts 4 Uhr, der Porträts 5 Uhr. Eintritt 1 Pf., Kinder 10 Pf. Dafür erhält jedes Kind eine Rüge. Wir bitten die umliegenden Teile Heran zu kommen.

Morgen, 25. Juli:

13. Abt. Der gemeinsame Familienausflug findet nicht nach Nohmschloß, sondern nach Nohmschloß statt. Abfahrt von Nohmschloß 8.18. Treffpunkt am Lokal „Zum Kuckucksturm“.

17. Abt. Familienausflug nach dem Lehnitzsee. Abfahrt vom Berliner Vorortbahnhof 8.30 Uhr und 6.30 Uhr. Bahnhofs-Gesundbrunnen 6 Minuten später. Treffpunkt Bahnhof Lehnitzsee.

H. G. G. Brunnenstraße. Dienstag 3 Uhr bei Krüger, Ecke Duffen- und Scheringstraße: Konkrete ständlicher Vertrauensleute der S. P. D.

Jugendveranstaltungen.

Donnerabend, 24. Juli:

Gesundbrunnen: Nachtwanderung Rixdammallee. Treffpunkt 7 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen. — **Neußeln:** Nachtwanderung Goldham-Gemeinschaft. Treffp. 7.10 Uhr Hermannplatz, Rixdammallee. — **Nordosten:** Nachtwanderung Rixdammallee-Beckhölzer. Treffp. 7 Uhr Alexanderplatz (Sternplatz). — **Wandweg:** Nachtwanderung Schöneberg. Treffp. Gantower Straße. — **Wester:** Nachtwanderung nach der Duden-Post. Treffp. 6 Uhr Hochbahnhof Köpenick.

Sonntag, 25. Juli:

Dreiländer-Rosenhain-Schönhauser Vorstadt I und II. Großes Badfest beim „Alten Arund“ in Rixdammallee. Treffpunkt der Abteilungen: Dreiländer Vorstadt I 7 Uhr Hochbahnhof, Damsiger Str.; Rosenhain Vorstadt II 8 Uhr Rosenhain; Weg: Schönhauser Vorstadt I 8 Uhr Bahnhof, Schönhauser Allee; Schönhauser Vorstadt II 7 Uhr Bahnhof, Schönhauser Allee. — **Zentral-Jugendheim:** Söhnen: Epistapartien Doppelberg. Treffp. 7 Uhr Völkerringplatz. — **Niederschönbäumen:** Epistapartien Doppelberg-Sandplatz. Treffp. 7 Uhr Bahnhof. — **Tempelhof:** Wanderung Lärchen-Weiser. Treffp. 6 Uhr Bahnhof Tempelhof. — **Wedding:** Wanderung Straußberg-Blumenhal. Treffp. 6 Uhr Rixdammplatz (Normaluhr). — **Wilmersdorf:** Wanderung Goldham. Treffp. 6 Uhr Rathaus.

Sport.

Die Ringkämpfe in Schöneberg brachten am Donnerstag den Sieg Hochdammes über Weiser. Schwarz konnte Raber in 20 Mi-

ternach gekommen, Menschen hätten ihn ausgelacht oder gar geprügelt.

Und doch: Optimisten sind sie geblieben — bis auf den heutigen Tag.

Und wie der Krieg dann Monat um Monat währte, da schwand der Strom auf den Straßen. Rot und Trauer hielt sich in den Häusern: Mitleid erlöschte, Volk ward stumpf ob so viel Elend, Klage lag über den Gassen, Menschen liefen in Sorge und Gedanken vergraben treud aneinander vorbei.

Kriegsgeund und Revolution, sah ich nicht in Heimatstraßen und -stadt. Doch wie ich kam: der Optimismus brannte lästerlos! Blutrot leuchtete der Freiheit Morgenröte. Ein lähmes Hoffen ging, und die Straßen waren wieder voller Menschen. Jubel und Stolz, abermenschenliches Wollen in Menschenbliden. Wie ein Raufsch ging über viele. Doch Vergesslichkeit haben sie im Morgenrot leudeten, Verda und mühlamer Weg da hinaus seien nichts. Und wieder hallten Propheetenworte die Gassen hinauf und herunter. Ein Höhnen galt denen, die mahnten zu Selbstzucht und doppeltem Schonen und Vorsicht im Haushalt der Kräfte. Dem Raufsch die Entschärfung folgte: alldieweil noch tropfendes Aufgehören, Bruderkampf, Verschimpfung — hernach noch größere Erschlaffung. Nur schwerer wurde der steile Weg mit so geschwächten Kräften, mehr noch der Trümmern und des Gerölls.

Noch immer prangen an Häusern und Schildern buntfarbene Bilder, hohe, vielstönige Schriftzeichen aus der eben beendeten Wahlkampagne, engbedruckte Flugblätter mit Veripredungen, so groß und schön, als hätten wir nie in verberberenschwangeren Hintergrund geschaut, Anklagenfonten und so hülfige Medizin für alle Leiden in Bild und Worten, Riesenprojektor Optimismus, leichfertige Wahlmache. Und doch: Es blieb trotz allem immer der schwere, mühlame Weg! — gleichviel der Anklagen und Zukunftsbilder, die Fenster und Mauern zieren.

Audere Bilder der Straßen zeugen mehr von den Räten des Tages: die Schuhe und Kleider und Anzüge und Lebensmittel in den Auslagen der Läden mit dreißstägigen Jiffen, die müde gelaufenen Maschinen jenseits der Straße in den Riesenwerken.

Und dennoch wieder schau ich an anderen Stellen greifbarere, phantastische Anspielungen, wie sie in Jahren vor dem Krieg um die verhängnisvollen Feiern der Rio-Cortado, Texas-Jack, Sitzung-Guß, Puffalo u. a. zu finden waren, halbnaive, funktionslose Bilder, Einladung über Einladung zu Ball und Festen.

Tag um Tag hasten hier Menschen vorüber und schaueten flüchtigen Auges alle die Dinge, nichts denkend.

Zuweilen wünscht ich, mein Herzenswunsch und Traum der jungen Jahre wäre Erfüllung geworden; ich hätte Lehrer werden können.

Man muß früh anfangen, um Menschen mit weiten, offenen Augen, empfangenden Sinnen und auch ein Stückchen ergebundener Philosophie in Hirn und Seelen zu formen. Männlein und Weiblein würden nicht so blind durch den Tag hasten — oder in grau-

mühen besiegen, während Richter schon in 8 1/2 Minute seinen Gegner Landlau auf die Schultern legte. Petitjean und Hawliczyk konnten seine Entscheidung fällen.

Preis der Industriellen. Die Rennen, die am Sonntag auf der Olympiabahn zur Ausdeutung gelangen, versprechen bei der vorzüglichen Befegung glänzenden Sport. Der Brennabor-Preis, den Dauerfahren reitwert, fährt über die Strecke von 100 Kilometer und wird in 2 Läufern von 40 und 60 Kilometer ausgefahren. Apffelband, Wittig, Weiz, Bauer und Sawall bestreiten ihn. Der Garbath-Preis ist den Fliegern vorbehalten. Zwischen Wader, Schwab, Padebusch, Tabernwald, Lechner, Schröder, Radel, Männer und Häusler dürfte es ein knappes Ende geben. Der Götze-Preis, ein Zweifigerprämienfahren über 10 Runden, verspricht besonders interessant zu werden. 14 Mannschaften sind am Start zu erwarten. Ein Vorgaberennen über 1600 Meter (4 Runden) beinhaltet das reichhaltige Programm, das um 4 Uhr beginnt. Der Eintrittspreis für Kinder bis 14 Jahren ist auf sämtlichen Stehplätzen bis einschließlich Sattelplatz auf 3 M. ermäßigt worden.

Aus aller Welt.

Der Segen des Schleichhandels.

Aus unjarem Befestzreise wird uns geschrieben: Die geringe Unterstützung, die den Behörden im Kampfe gegen den Schleichhandel von Seiten der ländlichen Bevölkerung zuteil wird, daß zu einer Ideologie höchst merkwürdiger Art geführt. Den Bauern im Süddeutschland dient sie zur Versicherung ihrer höchst einträglichen Schleichhandels mit der ländlichen Bevölkerung. Die Sache ist ganz einfach: Gätte der Schleichhandel nicht eine so erfolgreiche, bewährte hochentwickelte Geschäftslage erlangt, so wäre das „Durcheinander“ während der Kriegsjahre ebenfalls möglich gewesen wie die Erlangung der demokratischen Errungenschaften. Statt den Schleichhandel zu bekämpfen und ihn zu beschimpfen, sollte man ihn daher hoch schätzen und ehren!

Diesen Gedankenengang entwickelte mir ein junger Bauer in ganz ideomatistischer Weise in einem seiner in Bayern und Tirol zahlreich vorhandenen „Bauernblätter“. Ihre Schwefelauellen dienen der einheimischen Bevölkerung zur Unterzung ihrer gesüßlichen und erheumatischen Leiden. In dem „Aurhaufe“, das ich zu dem gleichen Zwecke aussuchte, hatte der junge Bauer seine Theorie des nährlichen Schleichhandels in die Tat umgesetzt. Die Kosten seines Aufenthalts bester er auf ebenso sinnreiche wie originelle Weise, indem er den Ausgüssen Eier, Butter und Schmalz, das er in der Umgebung von den Bauern aufkaufte, zu üblichen Schleichhandelspreisen feierte. Dabei seine Theorie, als Mittel zur Bekämpfung etwaiger Bedenken, gern mit in Kauf genommen wurde. Die Art, wie er dabei verfuhr, die Geschäftlichkeit, die er bei neuen Gelegenheiten mit einem liebkosen „Grüß Gott“ zur Anknüpfung benutzte, ließ erkennen, wie seelenvergnügt bäuerliche Verschmitztheit und diplomatische Kunststücke sind.

Wenn einmal die Geschichte unserer Zeit von der notwendigen Diktion aus geschrieben wird, dann darf die aus der Technik des Schleichhandels hervorgegangene Ideologie, als Lehre seiner moralischen Bedeutung, wohl ein besonderes Kapitel beanspruchen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Gemäß ganz Besondere in der Befeldung von Ungeleitet bringt die altbekannte Firma Reuber u. Behrens, Berlin S. 56. Auf Grund langjähriger Erfahrungen hat sie es verstanden, Erdarbeiten berguteilen, für deren Wirkung die Firma volle Garantie übernimmt. Näheres ist aus dem Inserat ersichtlich.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Kasten muß einen Buchstaben und eine Nummer der Briefkasten-Ausgabe mit nicht erteilt. Bitte Anfragen tragen man in der Zuständigen Sprechstunde, Lindenstr. 1.1. Das vorzuziehen, vor. Schriftstücke und Briefe sind mitzubringen.

C. 12. Das würde zu viel Raum beanspruchen; nehmen Sie doch Abbruch oder Telefon-Abbruch zu Hilfe. — **M. G. 66.** Suchen Sie durch Inserat in einer landwirtschaftlichen Zeitung Stellung als Gehilfe des Maschinenisten; eine Spezialausbildung für Brennmotoren ist nicht bekannt. — **W. D. 100.** Wir hatten die Auskunft nach dem Zeitung-Abbruch gegeben. Fragen Sie im Bureau des Verbandes der Mühlenerbeiter, Schilderstr. 6. nach. — **L. G. 23.** In die Handkammer.

müden Winteln die Zeit verdueln. Sie länden sich besser zuerst im Leben und spürten viel mehr Poesie hinter den einfachsten Dingen, als die Maske verrät. Ewiges Hasten, Verunsichern in laufenderlei Interessen hat Menschen kumpf gemacht gegen die feinen und tiefen Tönungen, Schwingungen und tagtäglichsten Dinge. Ein wirres Gemisch vielfältigster, buntfarbener Steine ist ihre Welt — ohne Ordnung, ohne das leitende Band: folgern des Denken!

Der hundertste Geburtstag des Elektromagnetismus. Am 21. Juli 1820 veröffentlichte der Däne Christian Oerstedt in einer kleinen nur vier Seiten umfassenden Arbeit (in Schwiggers Journal für Chemie und Physik) seine wichtigen im Jahre vorher gemachten Beobachtungen über die Ablenkung einer feil beweglichen Magnetnadel durch einen vorbeifließenden elektrischen Strom. Die große Bedeutung dieser Beobachtung kam im elektromagnetischen Telegraphen zutage, und schon am 2. Oktober 1850 wies der große französische Physiker Arago auf dieses Ziel hin. Der in München lebende Baile Schilling von Canstadt ist bald darauf der erste gewesen, dem die Konstruktion eines Telegraphen auf Grund der neuen Entdeckung gelang, und als er seine vervollkommnete Erfindung 1853 dem Könige Maximilian in Genua öffentlich vorgeführt hatte, wurde sie im topikalischen England zwei Jahre darauf durch Wheatstone in reich wählender Weise praktisch nutzbar gemacht. Auch Gauß und Weber in Göttingen hatten 1833 einen brauchbaren elektromagnetischen Telegraphen gebaut. Der Erfolg ist also groß gewesen. Dem dänischen Forscher war die Zeit günstiger als einem Italiener, der in der Tat schon vor ihm — nämlich 1802 — die gleiche Beobachtung wie Oerstedt bekanntgegeben hatte. Es handelt sich hier um den in Innsbruck lebenden Giandomenico Romagnosi. In einem kleinen Blatt, der Gazzetta di Treviso, hatte dieser den „Whiskern von Europa“ mitgeteilt, was er an der Magnetnadel nach Schließung des elektrischen Stroms beobachtet konnte. Französische Physiker gaben seine Beobachtung auch weiter, aber sie geriet gleichwohl in Vergessenheit und mußte erst noch einmal gemacht werden, ehe sie segon und als eine der gewolligsten Errungenschaften der Neuzeit die Welt erobern konnte.

Der kleinste Frosch. Der Leipziger „Drache“ erzählt: Geheimrat Professor Sommers erläuterte in einer Vorlesung über Muskel- und Nerven-Physiologie die Ausfalls- und Reflexerscheinungen bei Tieren mit zerstücktem Großhirn. Auf dem Experimentiertisch hoch ein Vertreter der Gattung rana temporaria, an dem gezeigt werden soll, daß die meisten Reflexe, namentlich die Sprungr reflexe, noch vorhanden sind. Der Versuch gelingt: Der Frosch schneilt mit hühen Sprung empor und einem gegenüber sitzenden hemoosten Haupt auf die unemooste Nase. Darob einbeißiges Trampeln im Auditorium. Der Geheimrat aber sprach: „Meine Herren, der Versuch ist geglückt und zeigt Ihnen gleichzeitig, wie wenig Hirn dazu gehört, ein Publikum zum Lachen zu bringen.“

Ein Reichsbund deutscher Kunstschaffler wurde in Anwesenheit nahezu aller Kunstschaffler Deutschlands in München ins Leben gerufen.

Die Verantwortungen im Weltkrieg.

Deutsche Denkschrift an den Genfer Sozialistenkongress.

Der Parteivorstand hat dem Internationalen Sozialistischen Bureau zur Vorbereitung des am 31. d. M. beginnenden Internationalen Sozialistenkongresses folgende Denkschrift über die Frage der Verantwortung im Weltkrieg überreicht.

In älteren Zeiten überwog in der Sozialdemokratie die Meinung, daß der Krieg notwendig mit der kapitalistischen Wirtschaftsförderung verknüpft sei und daß, solange diese bestehe, auch er sich nicht vermeiden lassen. So man also dem Ausbruch eines großen Krieges wie einem unabänderlichen Fatum entgegen, so verband man mit ihm doch die Erwartung, er werde zu einem jähen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und damit unmittelbar zum Sieg des Sozialismus führen.

Die Meinung, daß die kapitalistische Ordnung unfehlbar zu bevorstehenden Konflikten der Mächte führe, fand ihre Bestätigung in den vielen Kriegen, die seit 1870/71 ausbrachen und an denen Deutschland nicht beteiligt war, so des russisch-türkischen, des amerikanisch-spanischen, des Burenkriegs, des russisch-japanischen Kriegs, der Balkankriege — von den zahlreichen eigentlichen Kolonialkriegen gar nicht zu reden. Doch hatten alle diese Konflikte die eigentlichen Zentren der europäischen Kultur nicht berührt, und je länger der Weltkrieg auf sich wartete, desto mehr wuchs die Hoffnung, es werde möglich sein, ihn zu verhindern.

So wurde der ursprüngliche Standpunkt des Fatalismus verlassen, und die deutsche Sozialdemokratie, wie die Internationalen überhaupt, ging nach und nach zu einem tätigen Pazifismus über, der sich das Ziel setzte, von der zivilisierten Welt durch die Macht der organisierten Arbeiterklasse die Katastrophe eines Krieges fernzudrängen. Das war nur möglich, wenn sich die Internationalen als aktiver Faktor der auswärtigen Politik betätigten.

Mit tiefer Sympathie verfolgte die deutsche Sozialdemokratie den Kampf der französischen Genossen gegen das Bündnis des republikanischen Frankreich mit dem zaristischen Rußland. Bei der Velleitheit, der sich Frankreich und alles Französische vor dem Kriege in fast allen Schichten des deutschen Volkes erfreute, schien ein neuer Krieg mit dem westlichen Nachbar eine glatte Unmöglichkeit, wenn dieser nicht eben der Bundesgenosse des tief verhassten, mit allem Mißtrauen behafteten russischen Jarrismus gewesen wäre. Nichts schien daher der Erhaltung des Weltfriedens förderlicher als sein als die Lösung dieses unnatürlichen Bündnisses, und wir wünschten den französischen Genossen aus bestem Herzen Erfolg.

Es war vielleicht ein Fehler, daß die deutsche Sozialdemokratie das deutsche Bündnis mit Oesterreich-Ungarn nicht ebenso als eine Kriegsgefahr erkannte wie das russisch-französische. Aber die nationalen Beziehungen zu dem deutschen Teil der Bevölkerung dieses Doppelreiches und das Vertrauen in seine wesentliche auf Erhaltung bedachte und darum kaum angriffsfreudige Politik machten uns für diese Gefahr blind. Die Meinung, daß der Dreißund-ein-Hort des Friedens sei, gehörte zu dem essentiellen Bestand der öffentlichen Meinung und fand in allen Parteien Anklang.

Eine Lösung des Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn war auch nicht möglich, solange Deutschland mit der Wahrscheinlichkeit rechnen mußte, in diesem Fall allein einer großen Mächtekoalition gegenüberzustehen. Diese Wahrscheinlichkeit wurde durch die Annäherung Englands an Frankreich und Rußland noch vergrößert. In Deutschland war die Meinung allgemein, daß in dieser mächtigen Koalition Kräfte am Werke waren, die mit großer Energie auf die Erreichung ihrer imperialistischen Ziele angingen und bereit waren, unter Umständen auch mit Gewalt ihren Willen durchzusetzen.

Die deutsche Weltpolitik verfolgte in den letzten Jahren vor dem Kriege die Linie Hamburg — Bagdad. Wir hielten diese für die relativ ungefährlichste, weil sie ihr Ziel nur in der friedlichen wirtschaftlichen Durchdringung, nicht aber in gewaltsamen Annexionen und Besitzergreifungen suchte. Ihre Voraussetzung war Erhaltung des österreichisch-ungarischen sowie des türkischen Reiches, sie war also wesentlich konservativer Natur. Eine konservative Außenpolitik bleibt aber die einzig mögliche Friedenspolitik, solange die Menschheit keine anderen Mittel kennt, Veränderungen im äußeren Bestand der Staaten herbeizuführen, als den Krieg. Mit Besorgnis wurden dagegen die imperialistischen Bestrebungen der Westmächte und Rußlands betrachtet, die die Linie der deutschen Weltpolitik rechtmässig durchschnitten. Nur über die Trümmer Oesterreich-Ungarns und über den Balkan hinweg konnten sich Westen und Osten die Hände reichen.

Die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mußte immer näher rücken, wenn es nicht gelang, die gesamte europäische Mächtekonstellation grundsätzlich zu ändern.

Der Frieden Europas war erst gesichert, wenn der Parisismus gestürzt war und wenn es gelang, die Kluft zwischen Deutschland und den Westmächten zu überbrücken. Diesem Ziel war die Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie fortwährend mit fieberhaftem Eifer gewidmet. Unterstützte sie auf der einen Seite die Bestrebungen der russischen Revolutionäre — zugleich auch in der Hoffnung, dadurch die Arme zur Befreiung des eigenen Volkes freizubekommen —, so förderte sie auf der anderen Seite die Annäherung an die Westmächte, sie begrüßte kurz vor Kriegsausbruch das deutsch-englische Abkommen oder die afrikanischen Kolonien und die Bagdadbahn und wirkte fröhlich mit den französischen Genossen zusammen, um in den interparlamentarischen Konferenzen von Bern ein unverlässliches Instrument zur Erhaltung des Friedens zu schaffen. In der Ferne, aber schon deutlich genug, zeigten sich die Konturen eines englisch-französisch-deutschen Dreieckes vom politischen Horizont ab. Die war die Hoffnung, durch die Kraft der sozialistischen Parteien eine wirkliche Friedensgarantie schaffen zu können, in der deutschen Sozialdemokratie härter als im Frühjahr des Jahres 1914, nie schien sie besser begründet!

Auch die früher so lebhaft begabte Sorge, das persische Regime in Deutschland gegen einen Weltkrieg entstellen, war geringer geworden. Konnte das jahrgewandte Treiben eines einzelnen Menschen einen Weltkrieg heraufbeschwören, so hätte er schon längst ausgebrochen sein müssen. Wirkliche Argwohn traute man dem deutschen Herrscher nicht zu, weil man seine Scheu vor der Verantwortung und die Schwäche seines persönlichen Willens kannte. Auch mochte sich das verunsicherte Treiben des Kaisers vor der Öffentlichkeit nicht mehr so breit wie in früheren Jahren, seine dauernde Brandmarlung durch die Sozialdemokratie im Reichstag und in der Presse, die letztere mit ungehörigen Jahren Gefährdung bezog, schien auf die Dauer ihre Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben. Daneben wurde nicht genügend beachtet, daß die Führung der auswärtigen Politik ohne Kontrolle des Reichstags und damit auch der Sozialdemokratie eine Gefahr bleiben mußte, und diese Gefahr nicht rechtzeitig und energetisch genug bekämpft zu haben ist die Schuld, zu der wir und vor aller Welt freimütig bekennen. Die deutsche Sozialdemokratie und das deutsche Volk hätten, stehend vor keinem Opfer zurückzudenken dürfen, um einem staatsrechtlichen Zustand ein Ende zu machen, der in kritischen Momenten die letzte Entscheidung der aufgeregten Instabilität eines einzigen Mannes überließ.

Es ist selbstverständlich, daß sich die Sozialdemokratie in ständigen Kampf gegen das dynastische Regime und die imperialistische Politik befand. Aber auch hier wurde ein Fehler der politischen Einschätzung begangen, da man sich meist darauf beschränkte, diese Seite von deutschem Imperialismus als eine Art von Hauptartentum zu verpöten, ohne seine Gefahr zu erkennen. In den

breitesten politischen Kreisen, die Diplomatie mit eingeschlossen, nahm man die alldeutschen Welteroberungspläne nicht ernst, viele von ihnen wurden in Deutschland eigentlich so recht erst bekannt, nachdem sie, während des Krieges, im Ausland verbreitet worden waren und dort ihre Wirkung getan hatten.

Die deutsche Revolution, die mit der Herrschaft des persönlichen Regiments, des Militarismus und des Absolutismus aufräumte, ist zum Anglied der Welt, ganz besonders auch des deutschen Volkes selbst, um fünf Jahre zu spät gekommen. Ihr nicht schon früher den Weg gebahnt zu haben, ist die Schuld, deren wir deutschen Sozialdemokraten, um es noch einmal zu sagen, und anklagen müssen. Aber freilich wissen wir als Marxisten, daß es nicht vom Willen einzelner Menschen oder Parteien abhängt, wann und unter welchen Umständen Revolutionen entstehen. Außerdem vermag natürlich niemand auch nur die geringste Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Weltkrieg niemals ausgebrochen wäre, wenn es gelungen wäre, die deutschen Kräfte, die zu diesem katastrophalen Erfolg hinstellten, rechtzeitig zu unterbinden. So wenig wie wir deutschen Sozialdemokraten waren auch die sozialistischen und Arbeiterparteien anderer Länder imstande, die Lage sicher zu beherrschen. Ob es überhaupt möglich gewesen wäre, durch die Willenskraft der Arbeiterklasse, die in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegenden objektiven Faktoren der Weltkriegsgefahr unschädlich zu machen, bleibt eine ungelöste Frage der Theorie.

Trotzdem glauben wir offen sagen zu müssen, wo nach unserer Ueberzeugung der Fehler unserer politischen Rechnung und die Schwäche unseres Willens gelegen haben. Denn von hier ab befanden wir uns in einer Lage, die sich zwangsläufig gestalten sollte, aus der es kein Abweichen und Ausweichen gab, sondern in der wir handeln mußten, wie die Verhältnisse es und notwendig machten.

Konnte der internationale Sozialismus den Ausbruch des Krieges nicht verhindern, so wurde er, wie immer er sich verhielt, gegen seinen Willen ein Diener ihm feindlicher Mächte. Dem Jaren nicht dienen wollen, hieß dem Kaiser dienen, dem Kaiser nicht dienen wollen, hieß dem Jaren dienen. Wer gegen Jark rebellierte, half Judentorff, wer gegen Judentorff meuterte, half Jark. Das galt solange, als die militärische Entscheidung nicht gefallen war. Es gab keinen Ausweg aus diesem Dilemma, und auch die früheren internationalen Sozialistenkongresse haben keinen gegeben.

Für das Verhalten des internationalen Sozialismus im Weltkrieg liegen sich drei Möglichkeiten denken:

1. Es konnte in allen am Krieg beteiligten Ländern der Generalstreik und der revolutionäre Kampf gegen die herrschenden Gewalten entfesselt werden.

Gegen diesen Plan war u. S. mit Recht der Einwand geltend gemacht worden, daß der angeordnete allseitige Generalstreik nur in Ländern mit starker sozialistischer Organisation zur Wirkung kommen würde, so daß der Sozialismus automatisch als Bundesgenosse der rückwärtigen Mächte wirken würde. Uebrigens haben die Erfahrungen des August 1914 gezeigt, daß die Ausführung dieses Planes in allen Ländern eine vollkommene Unmöglichkeit gewesen wäre.

2. Die sozialistische Internationale konnte sich gemissermaßen als selbständige Macht konstituieren und nach Kriegsausbruch nach eigenen politischen Erwägungen ihren Einfluß zu Gunsten des einen oder zum Nachteil des anderen Strikts geltend machen.

Auch dieser Gedanke, monoch die Internationale ihre Anhänger auf der einen Seite zum Sturz anzuregen, ihre Anhänger auf der anderen Seite aber aufzufordern müßte, für die Niederlage ihres Landes zu wirken, wäre praktisch unmöglich und auch moralisch nur dann gerechtfertigt gewesen, wenn die Internationale zugleich die Macht besessen hätte, den Rechtsanspruch des nach ihrer Meinung ungerecht Angegriffenen und die Strafe des ungerathen Angreifers nach ihren eigenen Begriffen von Gerechtigkeit abzumessen, mit anderen Worten, wenn sie die Entscheidung des Krieges und danach auch den Inhalt der Friedensverträge diktieren konnte. Sie konnte aber nicht die Russen auffordern, auf einen Frieden von Brest-Litowsk und nicht die Deutschen auf einen Frieden von Versailles abzuschießen und demütigt hinzuwirken. Für eine Politik der einheitlichen Parteinahme im Kriege fehlten ihr die Garantien der realen Macht.

Waren aber die beiden ersten Wege ungangbar, so blieb nur der dritte offen, nämlich

3. den Sozialisten jedes Landes das Recht zur Teilnahme an dem Kampf ihres Volkes freizugeben und ihnen nur die Pflicht aufzuarlegen, nach Maßgabe ihrer Kräfte auf die rasche Beendigung des Krieges durch einen den sozialistischen Idealen entsprechenden Frieden hinzuwirken.

Nach diesem letzten Grundsatze glaubt die deutsche Sozialdemokratie gehandelt zu haben.

Ueber die Verteilung der Schuld am Kriege waren in unserer Partei die Meinungen geteilt.

Schon gegen die Balkanpolitik des Jarrismus und Jres territorialen Handlungers das größte Mißtrauen herrschte, war man sich einig darüber, daß der durch die Ermordung des österreichischen Thronfolgers entstandene Konflikt durch ein friedliches Abkommen der Mächte aus der Welt geschafft werden müßte. Der herausfordernde Ton und Inhalt des österreichischen Ultimatus an Serbien wurde einstimmig abgelehnt, und einstimmig wurde die Forderung erhoben, daß die deutsche Regierung auf Oesterreich den stärksten Druck ausüben müsse, um es von seinem dem Weltkrieg führenden Vorhaben zurückzubringen. Der Reichstag war nicht veranlaßt, und bei den deutschen Verhältnissen, die eine direkte persönliche Einwirkung der deutschen Sozialdemokraten auf die Nachhader ohne Unmöglichkeit machte, blieb nur eine Einflußnahme durch die sozialdemokratische Presse möglich, die denn auch in stärkster Form und völlig einheitlich erfolgte. Schließlich, als sich die Lage immer gefährlicher gestaltete, rief die Parteileitung die Berliner Arbeiter zu einer Friedensdemonstration unter den Bänden auf, die unter ungeheurer Beteiligung stattfand und zu heftigen Zusammenhängen mit alldeutschen Gegenemonstrationen und mit der Polizei führte.

Für die große Masse war es indes nicht möglich, dem aufgeregten Werra der diplomatischen Verhandlungen, dessen Bild sich von Stunde zu Stunde änderte, kritisch zu folgen. Die amtliche Vetterung, die deutsche Regierung arbeitete mit allen Kräften für die Erhaltung des Friedens, blieb nicht ohne Eindruck. Das militärische Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien wurde scharf verurteilt, die Hoffnung auf eine Lokalisierung des Konflikts aber nicht aufgegeben, bis dem Schicksal — für die deutsche Öffentlichkeit — das Bekanntwerden der russischen Gesamtmobilmachung gerief. Von diesem Augenblicke an waren die Massen wie hypnotisiert von der russischen Gefahr. Alles, was man vom Jarrismus und seinen bewaffneten Jorden gehört hatte, ließ jeden Deutschen bei dem Gedanken an einen russischen Einbruch in deutsches Land, an einen russischen Sieg und seine Auswirkungen auf die inneren Verhältnisse Deutschlands erschauern. In dieser Panikstimmung wurde das ganze deutsche Volk ein militärisches Instrument in der Hand der politischen und militärischen Reichsleitung.

Das Argument, Deutschland dürfe nicht warten, bis Rußlands unermeßliche Menschenmassen an der deutschen Grenze aufmarschieren, mußte überall durch. Bei dieser Stimmung konnte

selbst die Kriegserklärung an Rußlands Verbündeten, Frankreich, und der Einmarsch in Belgien gewagt werden, ohne daß ein Sturm der Entrüstung ausbrach, der unter anderen Umständen angefaßt solcher Handlungen spontan ausgebrochen wäre. Das deutsche Volk war getrieben von wahrer Angst, ganz auf den Willen zur Abwehr eingestellt, als ihm der Belagerungsstand der Binde und die Augen schlang. Der Eintritt Englands in den Krieg konnte das Gefühl nur verstärken, daß jetzt Deutschland als der viel Schwächere einer ungeheuren Weltkoalition gegenüberstand, die nun die Zeit für reif hielt, ihre imperialistischen Pläne blutig zu verwirklichen.

Das war die deutsche öffentliche Meinung bei Kriegsbeginn. Auch die Masse des Proletariats schloß sich ihr widerstandslos an. Der Krieg war ausgebrochen, die Möglichkeit internationaler Verständigung war zerrissen, die Pressefreiheit aufgehoben. Was dann später von Auslandsstimmen noch herüberdrang, schien weniger dazu bestimmt, objektive Wahrheit zu verbreiten, als dazu, die moralische Widerstandsfähigkeit des Volkes zu erschüttern, dem Jarrismus und seinen Verbündeten den Sieg zu erleichtern. Man mißtraute zu sehr, um nach Versehen zu können.

Gegen eine kleine Minderheit von 14 Mann, bei einer Gesamtstärke von 110, beschloß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages am Abend des 3. August die Kriegskredite zu bewilligen. In denen, die am entschiedensten für diese Haltung der Fraktion eingetreten waren, zählte der ihr nicht zugehörige Kurt Eisner. Die Minderheit, die sich der Fraktionsdisziplin unterwarf und daher nach außen hin nicht in Erscheinung trat, machte für ihre Haltung die verschiedensten Gesichtspunkte geltend. Während die einen, wenig besorgt um die Frage der moralischen Verantwortung, in dem Kriegsausbruch nur eine Folgewirkung des kapitalistischen Systems sahen, auf dessen Sturz durch die internationale sozialistische Weltrevolution nun hinzuwirken sei, war für die anderen die Auffassung maßgebend, daß der Krieg ein deutscher Angriffskrieg sei und daß der Sieg Deutschlands ein Erstarken der militärischen Reaktion zur Folge habe müßte. Die Auffassung der Mehrheit hingegen läßt sich in folgende Sätze zusammenfassen:

1. Der Sieg einer Koalition, in der Rußland eine ausschlaggebende Rolle spielt, ist dem Fortschritt Europas gefährlicher als ein Sieg Deutschlands. Dieses ist das Land der stärksten sozialistischen Bewegung, seine Niederlage ist daher ein Schaden für die Sache des Sozialismus.

2. Ein überwältigender Sieg Deutschlands über seine Gegner ist bei dem gegebenen Kräfteverhältnis höchst unwahrscheinlich, die Vermeidung einer offenen Niederlage ist das höchste mögliche Ziel und selbst dieses nur durch Zusammenfassung aller Kräfte bis zum äußersten erreichbar.

3. Eine Partei, die sich im Krisenkampf um ihre eigenen Kräfte bekümmert und sich dadurch mit Schuld an seiner Niederlage machte, hätte ihre Rolle ausgespielt und wäre für alle absehbare Zeit außerhande gesetzt, ihre Ideen durchzuführen.

Der erste Satz, der für die Haltung der Partei in dem Anfangsstadium des Krieges ausschlaggebend war, hat mit dem Zusammenbruch des Jarrismus seine Bedeutung verloren, doch war auch dieser Zusammenbruch nicht möglich, wenn sich die Sozialdemokratie der Aufgabe des Kampfes gegen Jren verweigerte; dann hätte mit ihrer Hilfe der Jarrismus triumphiert und sähe heute in der Halle seiner Macht.

Die beiden anderen Sätze haben bis zum Kriegsende ihre Bedeutung behalten und sind durch die Erfahrung bestätigt. Selbst die höchstgezügelter Zusammenfassung aller Kräfte hat die schließliche Niederlage mit ihren furchtbaren Folgen nicht verhindern können, und die deutsche Sozialdemokratie schämt sich glücklich, daß sie sich von jeder Schuld an der Niederlage des deutschen Volkes frei weiß. Andernfalls hätte sie auch nicht bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919 über 12 Millionen Stimmen auf sich vereinen können. Auch die Unabhängigen wünschen nicht die Verantwortung für die Niederlage Deutschlands zu tragen, denn in den Parteikämpfen, die dem Kriege folgten, haben sie die Behauptung der Reaktionäre, sie hätten durch ihre revolutionäre Propaganda den Zusammenbruch des Oeres und den unglücklichen Frieden herbeigeführt, entschieden bestritten. Sie erklären, sachlich zutreffend, daß die Revolution erst ausgebrochen sei, als die Niederlage festlag, und legen auf diesen Punkt das größte Gewicht. Sehr natürlich, denn man kann nicht die Reaktion als die Schuldige der Niederlage anklagen, wenn man selbst auf der Bank der Angeklagten sitzt.

Wie man sieht, spielt bei diesen Erwägungen die Schuldfrage eine verhältnismäßig geringe Rolle. Die Bewilligung der Kriegskredite fand nicht nur die Billigung der Parteigenossen, die im russischen Imperialismus, seinem Treiben auf dem Balkan und der Unterjochung, die er dabei nach ihrer Ansicht bei den Westmächten gefunden hatte, den eigentlichen Kriegsgrund erblickten, sondern auch bei jenen, die an eine schwere Schuld der eigenen Nachhader glaubten, aber nicht für sie das ganze Volk büßen lassen wollten.

Nach Ausbruch des Krieges schritt die Zensur alle objektiven Erörterungen der Kriegsschuld ab. Während der amtliche Apparat alle Scheinbeweise für die Schuld der Gegner und die eigene Unschuld häufte und zum Zweck einer dauernden Stimmungsmode gebrauchte, war eine öffentliche Gewissensur nicht möglich. Noch am 5. August 1914 konnte eine Reihe sozialdemokratischer Jarristen einen Berliner Korrespondenzartikel veröffentlichen, der folgende vielgelobte Erklärung der am Tage zuvor erfolgten Kreditbewilligung enthielt:

Hätte es sich darum gehandelt, dem herrschenden Regime Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.

Wäre es möglich gewesen, durch Abschaffung dieser Kredite den Krieg zu verhindern — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.

Und sollte die Annahme bedeuten, daß die Sozialdemokratie den Schuldigen und Mitschuldigen dieser Weltkatastrophe von ihrer ewigen Verantwortung auch nur das Allergeringste abnehmen wollte — nie hätte die Sozialdemokratie die Kriegskredite bewilligt.

Über Vertrauen oder Mißtrauen, wie können das herrschende Regime heute nicht besichtigen. Schuld oder Unschuld, der Krieg ist da, der das deutsche Volk mit Armut, Not und Verarmung bedroht, und darum haben die Sozialdemokraten die Kriegskredite bewilligt.

Seidman wurde jeder Zweifel an der deutschen Unschuld von der Zensur unterdrückt. Die Fraktion, die im Reichstag nach Redefreiheit befragt war, der Meinung, daß die Erörterung der Schuldfrage bis nach dem Kriege zurückgestellt werden müsse, da eine objektive Feststellung der Zusammenhänge früher unmöglich sei. Erst müsse der Brand gelöscht sein, bevor man die Brandstifter suchen könne, war damals eine vielgelobte Redewendung.

Wir halten den damit gegebenen Standpunkt äußerster Resignation in dieser Frage während des Krieges noch heute für den richtigen und bedauern, daß er von der Partei nicht immer mit voller Strenge erzwungen worden ist. Die Parteigenossen, die sich in öffentlicher Ueberzeugung zur Unschuld Deutschlands bekannten, hätten bedenken müssen, daß anders urteilenden Parteigenossen eine öffentliche Erwiderung aus äußeren und inneren Gründen unmöglich war.

(Schluß in der Sonntagsausgabe.)

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen
Sie
selbst

Staatl. Schauspielhaus.
(Operetten-Gastspiel)
Abend: Die Strohwitwe.
7 1/2 Uhr:
Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus.
7: Julius Cäsar (27. Abt., 5. Ab.)
Stg. 2 1/2: Jul. Cäsar (N.-A., E.-V.)
7: Julius Cäsar (25. Abt., 5. Ab.)

Deutsches Theater.
8 Uhr: Weib u. Hampelmann
Kammerspiele.

8 Uhr: Die Notbrücke
Kleines Schauspielhaus.
Fasanenstr. 1 (Nähe Bf. Zoo).

8 Uhr: Büchse der Pandora.
Theater des Westens
Max Pallenberg
Gisela Werbezirk:

8 U.: Rabenvater
Schiller-Theater.
Hans Waßmann:

8 Uhr: Der ehem. Leutnant
Theater i. d.
Königgrätzer Straße

1/2 Uhr: Gastgästin.
Komödienhaus
8 Uhr: Peltz-Kalner-Ballett.

Berliner Theater
1/2 Uhr: Der letzte Walzer
Die Tribüne

8 Uhr: Bunbury.
Kleines Theater.
7 1/2 Uhr: Elise Lensing

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Frau im Dunkeln.
Lustspielhaus

7 1/2 Uhr: Der ungeheure Eckehart
Metropol-Theater.
Im weißen Rössl

7 1/2 Uhr: Die Dame im Frack.
Neues Operettenhaus
7 1/2 Uhr: Natural-Phantasi-Ballett

Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge
Thalia-Theater

7 1/2 Uhr: Kokett die Thazerin.
Th. am Nollendorfsplatz
7 1/2 Uhr: Eine Nacht im Paradies

Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7 1/2 Uhr: Die verschwund. Pauline.
Walhalla-Theater.

7 1/2 Uhr: Kasernenluft.
Residenz-Theater.
Stadtbahn jannowitzbrücke.

Abend: Die große Erfolg!
Die Raschhoffs
von Hermann Sudermann.

Sonntag 4: Der gute Ruf.
Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.

Abend: Der große Erfolg!
Maskerade
von Ludwig Fulda.

Sonntag 4 Uhr: Störenfried.
Rose-Theater.
7 1/2 Uhr:

Ein Walzertraum.
Circus Busch
Gebäude.

Täglich 7 1/2 Uhr:
Dr. Spezialität-Vorst.
Große Pantomime.

Theater Folies Caprice
Friedrich-Ecke Liniestr.
7 1/2 Uhr:

Flimmer-Klärchen
Musikalischer Schwank.

Winter-Garten
Täglich 7 1/2 Uhr:
Varieté-Spielplan

Rauchen gestattet!
Nordseebad Cuxhaven
wieder eröffnet.

Volkstheater
Theater am Bülowplatz.
3 Uhr: Die Fledermaus.

7 1/2 Uhr: Bruder Martin
Lessing-Theater.
Sommerspielzeit

Abend: 8 Uhr:
Leopoldine Konstantin
in D. Glas d. Jungfrau

Deutsches Künstler-Theater
Letzte 3 Aufführungen:
Max Adalbert in

7 1/2 Uhr: Die bessere Hälfte
Dienstag 8 Uhr: Klubleute
mit Max Adalbert.

APOLLO
7 1/2 Uhr: Theater 7 1/2
Direkt. James Klein

Juli 1920
Neue
Natura

lebende
Kunstwerke
Maß tollkühne
TODESFAHRT

2 Aegirs
am Meergrund.
Mary
ZIMMERMANN

v. Dtsch. Opernhaus
in ihren Tänzen
u. weitere Sensation

Theater am Köthener Tor.
Elite-Sänger
Täglich 7 1/2 Uhr.

Gastspiel d. Original
Leipziger
Fitz-Webber-
Sänger.

Vorverkauf 11-12 u. 4-6 Uhr.
Reichshall-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:

7 1/2 Uhr: Die 3 Herren
v. Bret. Sänger
Varieté-Vorst.
und Burleske

Stettiner Sänger
Dinoh. (Brett) | Teil. 6 1/2 U.
Garten u. Saal | Sonntag 5 U.

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Pfliz in St. Moritz.

Sommerth. GROSS-BERLIN
(Kleins.) Hasenheide 15:
Heute: Jubiläums-Auffg.:

Prinz u. Bettlerin
Nm. 1/4: Kinder-Vorstellg.
Max und Moritz.

Kleine Preise!
BTL
Potsdamer Str. 38

Reinh. Schünzel
Otto Gebühr
in Drei Nächte.

Außerdem das Lustspiel
Die Berliner Range
Lotte Bach's 2. Streich
mit: Hilde Wörner.

Turmstr. 12
Die Banditen v. Asnières
mit
Max Landa
Reinh. Schünzel

Alexanderpl.-Passage
Skaven des
XX. Jahrhunderts.

Varieté-Café
Moritzplatz
Cranienstraße 53-54

Gastspiel
Hermann Krause
Tacu
Assen-Trio

und das große
Varieté-Programm

wieder eröffnet.
Neues Kurhaus
Familienbad. Näheres durch die Stadtverwaltung. 133/1

Preisherabsetzung

Jackett-Anzüge acht englische Stoffe, beste Paarfertig, von 1920. — herabgesetzt auf **1250.-**

Jackett-Anzüge mod. haltbare Stoffe, erstklassig, Zutsalen von 1400.— auf **1100.-** von 1200.— auf **950.-** von 1100.— auf **790.-** von 950.— auf **650.-**

Tourist-Anzüge herabg. auf **690.-**

Cutaway und Weste marengo, Chavot, herabgesetzt auf **575.-**

Bozener Mäntel herabg. auf **390.-**

Gummil-Mäntel herabg. auf **590.-**

Hosen schöne, moderne Streifen von 125.— auf **95.-** von 200.— auf **180.-**

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine Filialen mehr**

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Grünheide — Alt-Buchhorst
Kaugleise
täglich 9/13
Motorboot-Fahrten

Abfahrt: Schleißchen Tor, Gröben-Wer, norm. Mittags 9 Uhr, Sonntag 8 Uhr.

Dampfer-Ferienfahrten u. d. Havelseen. Jeden Dienstag und Donnerstag nach Lüchow. Jed. Mittwoch nach den Glindower Alpen a. Gl. nach den Falken-Wollersd. Schleuse.

Abt. 8 1/2 Reichst.-U. Bf. Friedr. str. 9 1/2 Charlottenb. Teg. W. Außerdem ab Oberbaumbrücke, Falken-Wollersd. Schleuse steinstraße, tägl., aus. Sonntags nur 9 Uhr vorm. nach. Sonntags 8 1/2 Uhr vorm. und 2 1/2 Uhr nachm. Wochenl. nur 9 Uhr vorm. Reederei Kleck, Falkensteinstr. 48. Tel. Moritzplatz 8107.

Reederei Kahl & Hertzner Fernspr. 1. Köntz. 2062

Dampfer-Extra-Fahrten ab

Jeden Sonntag und Mittwoch 8 Uhr: Teupitz (Tornow) Idyll

Jeden Sonntag 8 1/2 und 2 Uhr: Kramponburg

Jed. Donnerst. 10 Uhr: Zeuthen (Hankels Ablage)

Werk. außer Sonnabend 10 Uhr: Müggelschloß-Wollersdorf

Verlangen Sie
Vioparfa'zahn-pasta

Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate
Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin SO. 16, Cöpenicker Straße 112, Moritzpl. 11981

Ankauf Juwelen
zum heutigen hohen Kurse
Margraf & Co. G.m.b.H.
Kantowstraße 9

Möbel
Schlafzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Küchen
Polsterwaren
äußerst preiswert!
Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen.
Versand nach auswärts

Stolzmann
Belle Alliance h. 100.-

!!! Geld !!!
für jede Verleumdung, höchste Anlaufgebühr für Plaudereien, Verleumdungen, Goldgegenstände, Zeugnisse, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III. 625 Roonstr. Seit über 1/2 Jahrhundert

Rauch-Kaffee
Rieser-Auslese
Lavalidenstraße 164
Eckhaus Brunnenstr. Nord 4336

BUTU SIMBAS
Mission in Europa
Roman von H. Thurov
Mk. 6.- und 20.-
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68

Rasiere Dich mit Mulcuto
Große Zeit- und Geldersparnis! Die echten, hochgeschliff. Mulcuto-Rasiererapparate rasieren sanftmetallisch. Verletzen unmöglich. 100000 Anzeigen. Selbststrasieren ein Vergnügen. App. m. Abziehh. Nr. 1 M. 20.-, App. m. Abziehh. in Elui Nr. 71 M. 30.-, App. m. Abziehh. echt Led.-Streich. in Elui Nr. 91 u. Mulcuto-Rasierer M. 30.-
Wiederverk. gesucht!

Erfrischungsgetränke
Konzentrierte Kunstlimonade mit
HIMBEER-
Zitronen-, Waldmeister-Geschmack
Liter 4.- inkl. Steuer. • Kein Zucker erforderlich.
Mit Wasser verdünnt, ergeben diese Extrakte eine herrliche süße Limonade. — Das billige Getränk der Gegenwart — Ein Glas Limonade stellt sich auf kaum 10 Pf.

H. Krömer, Berlin N. Oranienburger Str. 66.
Verkaufsstellen:
Andreasstraße 78 Petersburger Str. 4a
Potsdamer Straße 76 Spandau, Brückenstr. 4
Birkenstraße 28 Nowawes, Lindenstr. 7

• Versand in Korbfässchen à 5, 10, 25 Liter.

Zeitender Gewerkschaftler,
anerkannter Redner, Organisator, gewandter Schriftsteller, Journalist, volkswirtschaftlich gebildet, wagt sich im Raum, Wirkung für das Gute am Allen, sucht bald oder später entwicklungsfähige, nur selbständ. Gestaltung wie Organisator, Redakteur, Geschäftsführer, Oberleit. und N. 88 an die Hauptstr. des „Borsdter“. [8210]

Retinomehrer
Waldarbeiter, Auszubildende, toge- u. Bundeswehr, monatl. auch mit Bezug. zu 100 in Arbeitsnachweise der Stadt Berlin. Rüdertstr. 9, Tel. 3798 (8-3).

Stadtratsstelle.
Die Stelle des befristeten Stadtrats, die infolge des Abganges des jetzigen Inhabers zum 1. August 1920 an den bisherigen Stellvertreter, Herrn Dr. Carl Schmalz, übergeht, ist zu besetzen. Bewerbung an Gruppe XI. Bescheidigung: Zweite juristische Prüfung. Bescheidigung erfolgt an uns. Elanstraße, den 20. Juli 1920.
Der Magistrat. 8308

Schwarzdruckgewerbe
auf Papier- und Kartonarbeiten dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn bei
K. Bened. & Co., Berlin, Charlottenburger Str. 27.

Betonarbeiter
und Stauer für Krypton arbeiten „Baugewerbe“, Potsdamer Str. 2 poliburg. 137

Haarnisse
Frauen- u. Mädchenhaar entfernt garantiert sofort
Niska D.R.G.M. 708 295
Aufführung kostenlos.
Fr. B. Nückenhaupt
Nürnberg B 27

Möbel
bei kleinster An- u. Abzahlung zu billigsten Preisen.
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts
Lagerung kostenlos.

Möbel-Cohn
Gr. Frankfurter Str. 68
5 Min. vom Alexanderplatz
Filiale: Badstr. 47-48.
5 Min. v. Bf. Gesundbr.

Wickler,
welche im Wickeln von großen Drehstrom-Turbo-Generatoren gute Erfahrung haben und insbesondere auch Reparaturen und Neuwicklungen am Montageort vollkommen selbständig ausführen können. — Nur Bewerber mit guten Zeugnissen von Großfirmen können berücksichtigt werden. — Schriftliche Meldungen mit Zeugnisschriften usw. an

Brown, Boveri & Cie., A. G.,
Mannheim-Käfertal, Abt. A.

Krankenschwestern
für Entbinden, Stillen, Sanatorium und Privathilfe verlangt. Meldungen mit Papieren im Kranenpflegeamt der Stadt Berlin, Friedrichstraße 110-112. Besichtigung abends. 410/11

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Gauvorstand Brandenburg.
Den Kollegen und Freunden zur Kenntnis, daß unser Kollege
Franz Stusche
im 53. Lebensjahre nach langem Leiden verstorben ist. Seit 20 Jahren hat der Verstorbene in unserem Gauvorstand seine Tätigkeit als Vorsitzender in vorbildlicher Weise ausgeübt. Wir verlieren in ihm einen Freund und Mitkämpfer von hervorragendem Wissen und nimmermüder Arbeitskraft. Seine stete Hilfsbereitschaft und edle Gesinnung sichern ihm bei uns ein dauerndes Andenken.
Die Beerdigung findet am Montag, den 26. Juli, nachm. 4 Uhr, im Krematorium Baum-schulenweg statt.
Der Gauvorstand.

Oberlandesgerichtsrat
außerordentliche Rechtsberatung, Abwicklung schwerster Fälle, Ehe, Willenserklärungen, Vermögensfragen, Potsdamer Str. 115, Pflanzl. 2494, Direktor Fabisch.

Keine Wanze mehr.
„NICODAAL“, Erfolg verbürgend — Restlose Vertilgung. Beste Zeit zur Brutverhütung. Kinderleicht anzuwenden, allwehrt. Doppelpack M. 5.— Verkauf: Alle Warenhäuser A. Wertheim. Bitte ausdrücklich nur „NICODAAL“ zu verlangen.

Kupfer ... 8,20
Messing ... 4,20
Blei, Zink 2,20
Rotguss ... 7,20
Zinn bis 25,—
Schulzendorfer St. 2
Kupfer p. Kg. 8 M.
Rotguss " " 7 "
Messing " " 4 "
Blei " " 2 "
zahlt
Wiemer, Pascalstr. 3
an der Holmholtzstraße und
Gotzkowskybrücke.

Altmetalle
Zweites Jahrges. Jahrges. Platin-, Silberbr. laut Brunnenstraße 11.

Kupfer ... 7,50
Rotguss ... 6,—
Messing ... 3,80
Zink ... 2,20
Fritz Behrens, Blumenstraße 71
Telephon: Königsstadt (3400).

Magnum
erlangen größere Deutschl. collere Formen und teilsweise aus, ohne Zolle u. Zölle zu erweisen, durch den Preis der Waren od. den Preis der Waren, h. zugleich a. natürl. Reichtum f. Blut u. Herzen bewirken. 20 Jahre erfolgreich bewährt. 30.10 — Otto Weidel, Berlin 13, G.O., Eisenbahnstr. 4.

Zigaretten
ohne Rauchhülle 100 Stück 25.— an Zigaretten, 100 Stück 25.— an
L. Manheimer, Berlin, Bergmannstr. 11 n. Kreuzberg.

Nachtwortler
teilweise auch für Tagesdienst, die unteren Fachbereich der Arbeit oder der Holzbranche. Bewerber, welche mit Arbeitserfahrung und mit der Arbeitserfahrung vertraut sind, wollen eingehende Angebote mit Zeugnisnachweisen und Referenzen richten an

Odeon-Werke
Str.-Reihenstr. 30/31

Wir suchen zum möglichst baldigen Eintritt mehrere Littere 1540b

Wickler,
welche im Wickeln von großen Drehstrom-Turbo-Generatoren gute Erfahrung haben und insbesondere auch Reparaturen und Neuwicklungen am Montageort vollkommen selbständig ausführen können. — Nur Bewerber mit guten Zeugnissen von Großfirmen können berücksichtigt werden. — Schriftliche Meldungen mit Zeugnisschriften usw. an

Brown, Boveri & Cie., A. G.,
Mannheim-Käfertal, Abt. A.

Krankenschwestern
für Entbinden, Stillen, Sanatorium und Privathilfe verlangt. Meldungen mit Papieren im Kranenpflegeamt der Stadt Berlin, Friedrichstraße 110-112. Besichtigung abends. 410/11

Leute Badereisen werden vermieden,
armut, Nephritis, Herzleiden, Magen-, Darm- und Nierenleiden, Hämorrhoiden, Störungen des Rachens pp., Frauenleiden, Fettsucht usw. Überall zu haben. Verlangen Sie Prospekt von der Propaganda-Abteilung der Bad Neu-Ragozy-A.-G. in Halle, Barfüßerg. 7, Tel. 4268, oder von Gerhard G. D. Jwan, Berlin-Karlshorst, Prinz-Heinrich-Str. 11, Tel. Oberföhringeweide 3901.

Eine Rede des Lord Curzon.

Für baldige Zulassung Deutschlands in den Völkerbund.

Amsterdam, 28. Juli. In einer Rede im englischen Oberhaus führte der Staatssekretär des Aeußeren, Lord Curzon, mit Bezug auf den Völkerbund u. a. folgendes aus: Es sei richtig, daß der Völkerbund das persische und das armenische Problem nicht lösen könne. Auch der Oberste Rat habe in dieser Frage keinen Erfolg gehabt. Dennoch habe der Völkerbund bereits bewiesen, daß er der Sache des Weltfriedens sehr wertvolle Dienste leisten könne. Man habe behauptet, der Oberste Rat erfülle Obliegenheiten, die eigentlich in den Bereich des Völkerbundes gehören. Dies sei nicht der Fall. Der Oberste Rat sei ein Rat der alliierten Mächte, der die Aufgabe habe, die Friedensverträge auszuführen. Der Oberste Rat habe in Europa mehr Arbeit getan, als bei irgendeiner früheren Gelegenheit. Der Grund dafür war, daß er zum ersten Male mit den Deutschen an einem Tische Platz nahm. Die Zusammenkunft mit den Deutschen war auf die Anregung des britischen (?) Premierministers zurückzuführen. Sie hätte unmöglich vom Völkerbunde veranlaßt werden können, da Deutschland noch nicht zum Bunde zugelassen worden sei. Der eigentliche Grundcharakter des Völkerbundes war, daß er ein Weltbund sein sollte. Es ist jedoch die peinliche Enttäuschung zu beklagen, die durch das Fernbleiben der Vereinigten Staaten verursacht wurde. Es ist unangehen, daß die Arbeit des Bundes dadurch verkrüppelt worden ist. Niemand hätte vorausgesehen, daß gerade jenes Land, welches in so locitem Maße für die Schaffung des Völkerbundes gewirkt hat, sich als erste auf die Seite stellte und daß der wirkliche Vater des Bundes der Tauffeier fernbleiben würde. Keine Anstrengung ist unternommen worden, um Amerika zur Verrückung seines Standpunktes zu bewegen. Zur Frage der Zulassung der vormaligen feindlichen Länder zum Bunde, sagte Curzon, es sei keines Frachens wünschenswert, daß diese sobald wie möglich erfolgen. Ueber die Entwaffnungsfrage führte Curzon aus, niemand, der die jetzige Lage der Dinge in Europa betrachte, könne im gegenwärtigen Augenblicke vernünftigerweise von Entwaffnung reden. Der einzige Schritt, der in dieser Richtung möglich sei, sei die schleunige Entwaffnung der geschlagenen Feinde. Auf die polnische Frage übergehend, sagte Curzon, man habe behauptet, es sei ein Fehler gewesen, daß der Völkerbund bei Beginn der polnischen Offensive sich nicht mit der Frage befaßt habe. Wäre dies geschehen, so würde Polen sicher eine obliegende Antwort erhalten haben. Auf Rußlands mutmaßliche Stellungnahme könne aber aus der letzten Antwort der Sowjetregierung geschlossen werden, in der es heißt, die Sowjetregierung habe keinesfalls angegeben, daß eine Gruppe von Mächten die Rolle einer über den Staaten der Welt stehenden Obersten Körperschaft einnehme. Curzon sagte dann über die Mandatsfrage, es sei sehr schwierig gewesen, sich über die den Deutschen in Afrika und den Südpazifik genommenen Gebiete zu einigen. Mit Frankreich seien Streitfragen über das Mandat für Togo und Kamerun, mit Japan über das Mandat für die Inseln des Südpazifiks entstanden. Daß die Frage dieser Mandats dem Völkerbund noch nicht unterbreitet wurden, habe darin seinen Grund, daß man wünschte, zu vor eine Einigung herzustellen. Ueber die Zusammenkunft des Völkerbundes sagte Curzon, er glaube, daß die wirkliche Zeit des Bundes da sein werde, wenn der Oberste Rat imstande sei, die gegenwärtig in seinen Händen liegende Arbeit niederzulegen. Dann könne der Völkerbund in seine Fußstapfen treten und könnte dann seine Nachbessungen aufnehmen und seine Funktionen erfüllen.

Millerand im Senat.

Paris, 28. Juli. Der französische Senat begann heute mittig die Beratung des Budgets des Ministers für auswärtige Angelegenheiten. Ministerpräsident Millerand ergriff das Wort, um sich in erster Linie über die Verhandlungen von Spa auszusprechen. Seine Erklärungen decken sich inhaltlich mit dem, was er am Dienstag in der Kammer gesagt hat. Er kam auf die Ernennung Charles Laurents zum Vizepräsidenten in Berlin zu sprechen und sagte, außer den bekannten Eigenschaften, von denen Laurent in seinen hohen Stellungen Beweis gegeben habe, habe es ihm geblieben, daß er die Politik charakterisiere, die man in Deutschland verfolgen wolle, und die eine Politik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei. Wiederum erklärte Millerand, es sei ein Argument zu glauben, daß er wünsche, weitere Teile von Deutschland besetzen lassen zu können. Niemand habe die Hoffnung mehr als er, daß diese Möglichkeit nicht eintrete.

Krieg in Kleinasien.

Paris, 28. Juli. (WZ.) „Daily Telegraph“ erfährt aus Konstantinopel: Das Ultimatum, das General Gouraud dem Emir Kemal teilte, hat ernste Folgen für die Kämpfer in Ägypten gehabt. Die Araber haben ein Disziplin- und Defensiv-Bündnis mit Mustafa Kemal geschlossen. Er hat auch schon Truppen in die Umgegend von Aleppo geschickt, um die Truppen des Emirs zu unterstützen.

Mustafa Kemal droht dem Sultan mit Absetzung.

Mustafa Kemal teilte dem Sultan mit, er werde, falls er den Friedensvertrag mit den Alliierten unterzeichne, abgesetzt. Der Titel des Kalifen werde stattdessen dem König von Hedschas Hussein übertragen werden.

Vizekönig French nach London berufen.

London, 28. Juli. Der Vizekönig von Irland Maskeal French und General Mac Ready, Oberkommandant der englischen Truppen in Irland, sind nach London berufen worden. Der Zweck ihrer Reise ist eine Beratung der irischen Frage durch das Kabinett.

Fortgang der Kämpfe in Belfast.

London, 28. Juli. (WZ.) Was Belfast wird gemeldet: Die Kämpfe zwischen dem Militär und den Sinnfeindern konnten gestern Abend zwischen neun und zehn von neuem auf und wurden auch noch später fortgesetzt. Man schätzte viele Verwundete und Tote.

Anschläge auf Pulvermagazine in Italien.

Mailand, 28. Juli. Die „Ercolo“ meldet, wurde an verschiedenen Orten verübt. Pulvermagazine in die Luft zu sprengen, so in Reapel, Mantua und Biareggio. Das bei Biareggio gelegene Pulvermagazin ist in die Luft gesprungen, doch glaubt man das Unglück auf einen Blitzschlag zurückführen zu müssen. Schwere Beschädigungen wurden schwer bezwundet.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin.

Vertagung der Organisationsfrage.

In der am Freitag abend abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin erhaltete der Vorsitzende Schlegel den Bericht für das abgelaufene Geschäftsjahr. Er sagte unter anderem: In dem Rahmen unserer Organisation hat sich nichts Wesentliches geändert. Der Vorstand hat sich den inneren Ausbau der Organisation anstrengen lassen und den Erfolg gehabt, daß sich ein reges Vereinsleben und eine innige Verbindung der Bezirke und Abteilungen mit der Einzelstellung aufgedrungen ist. Das Geschäftsjahr begann am 1. April 1920 mit einer Mitgliederzahl von 13 015 (10 328 männliche und 2 687 weibliche). 8 200 Neuzugänge wurden im Laufe des Jahres gemacht. Am Schluß des Jahres, 31. März 1921, belief sich die nach den gezahlten Beiträgen ermittelte Mitgliederzahl auf 18 600 (15 494 männliche und 3 106 weibliche). Die Zahl der männlichen Mitglieder hat um 4069 zugenommen, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 281 zugenommen ist. Es wird zu unterzählen sein, auf welche Ursachen die Abnahme der Zahl der weiblichen Mitglieder zurückzuführen ist. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß sich die Zahl der weiblichen Mitglieder in demselben Verhältnis vermehrt wie die der männlichen.

Das Anwachsen der Mitgliederzahl

widerlegt treffend die von gegnerischer Seite aufgestellte Behauptung, unsere Partei habe in Berlin abgewirtschaftet. Von den Mitgliedern sind 11 784 gewerbliche Arbeiter, 8 470 Angehörige in Staat, Gemeinde und Industrie, 1090 selbständige Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe, 1181 erwerbstätige Frauen, 1428 Frauen ohne Beruf. Nach diesen Zahlen sind etwa 90 Prozent unserer Mitglieder erwerbstätig. Es kann also nicht gesagt werden, wir seien keine Partei des arbeitenden Volkes.

Das Vereinsleben war im vergangenen Geschäftsjahr ein sehr volles. Es wurden abgehalten 115 öffentliche, 833 Mitgliederversammlungen, 322 Frauenlesende und Frauenversammlungen, 146 Beiratsversammlungen zur Elternbetriebswahl, 535 Funktionärskonferenzen in den Abteilungen, 80 Vorstandssitzungen zum Teil gemeinsam mit Gruppen- und Abteilungsleitern, 3 ordentliche und eine außerordentliche Generalversammlung. Vier allgemeine Flugblattverbreitungen mit einer Auflage von je 750 000 wurden vorgenommen.

Der Redner beleuchtete

die politische Situation

und die Stellung unserer Partei zu derselben. Er betonte, daß die Abweichung jeder Partei von rechts und links der einzigen richtige Weg ist, den die deutsche Sozialdemokratie zu gehen hat. Wenn nicht ein Teil des Proletariats abgelehnt hätte, den Weg des Wiederanknüpfens mit und zu geben, dann hätten wir den Sozialismus nicht bekommen. (Zustimmung.)

Der Ausschluß der Reichstagswahl

kann als legalisierter Sozialismus bezeichnet werden. Sie bedeutet einen erheblichen Rückschritt. Er hätte aber bedeutungslos gemacht werden können, wenn nicht unsere Führer von links den Eintritt in eine linksgerichtete Regierung abgelehnt hätten. Durch diesen Fehler ist das Proletariat zum großen Teil zur Einflußlosigkeit verurteilt. Wir bleiben auf dem Wege der Demokratie und des Sozialismus und danach werden wir unsere Politik und Taktik einrichten.

Der aufgezwungene Gesandte.

Landtagdebatte in München. — Sozialdemokratische Erklärung.

München, 28. Juni. In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtags kam der Ministerpräsident Dr. von Koch auch auf die Wiederbesetzung der französischen Gesandtschaft in München zu sprechen. Er erklärte dabei: Die Frage der Wiedererrichtung einer französischen Gesandtschaft in München aber auch bei einem anderen deutschen Land ist seit langem Gegenstand des Meinungswechsels mit der Reichsregierung gewesen. Hierbei bestand eine Uebereinstimmung dahin, daß Artikel 78 Absatz 1 der Reichsverfassung, der die Frage der Besetzungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich dem Reich überweist, dem Bestand fremder Gesandtschaften bei den einzelnen Ländern entgegensteht, fernst, daß, wenn eine fremde Macht auf Grund des Friedensvertrages eine Gesandtschaft bei einem deutschen Lande zu errichten wolle, ihr gegenüber auf diese Zustimmung zu verweisen wäre, daß es im übrigen aber Sache des Auswärtigen Amtes bleibe, Verhandlungen darüber mit der in Frage stehenden auswärtigen Macht zu führen. Die bayerische Regierung hat sich hierzu gehalten. Sie hat der französischen Botschaft in Berlin gegenüber, auf deren Mitteilung von der Ernennung eines neuen französischen Gesandten für München auf den vorerwähnten Artikel 78 Absatz 1 Bezugnehmend, sie zugleich wissen lassen, daß das Schreiben wegen der Errichtung einer französischen Gesandtschaft in München eben im Hinblick auf die einschlägigen Bestimmungen der Reichsverfassung dem Auswärtigen Amt in Berlin übermittelt worden sei. Inzwischen hat sich der französische Gesandte in München eingefunden und mir bei einer erheutlichen Unterredung sein Beglaubigungsschreiben überreicht, das ich infolge des Ergebnisses einer mündlichen Unterredung mit dem damaligen Herrn Reichsminister des Auswärtigen entgegengenommen habe. Ein anderes Verfahren wäre, wenn nicht unnütze Weiterungen entstehen sollten, nicht möglich gewesen. Ich bemerke, der Verlauf der gegenseitigen Unterredung zwischen mir und dem französischen Gesandten war nach beiden Seiten hin durchaus korrekt.

Im Zusammenhang mit der Erklärung des Ministerpräsidenten betreffend die französische Gesandtschaft in München gab die sozialdemokratische Fraktion eine Erklärung ab, die unter anderem besagt, daß die Einsetzung eines bewilligten Gesandten Frankreichs in München in den weitesten Kreisen der bayerischen Bevölkerung die lebhaftesten Befürchtungen hervorgerufen habe. Diese Befürchtungen laute verheißt durch die Worte, mit denen der französische Ministerpräsident Millerand in der französischen Kammer dieses Vorgehen seiner Regierung begründete. Unter dem Vorwand, die deutschen Stämme vor der römischen Hegemonie schützen zu wollen, proklamirte Millerand die unerbittliche Absicht, über München und durch Beeinflussung des bayerischen Volkes sich in die inneren Angelegenheiten der deutschen Republik einzumischen. Wir nehmen Kenntnis von der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten, daß Artikel 78 der Reichsverfassung auch für Bayern maßgebend sei. Wir bedauern jedoch lebhaft, aus den Worten des Ministerpräsidenten nicht entnehmen zu können, daß er bei dem Empfang des Herrn Vard, unbeschadet der Wahrung der Normen der internationalen Öffentlichkeit, eine förmliche und feierliche Rechtsverweigerung auf Grund des Artikels 78 der Reichsverfassung abgegeben hat. Wir bedauern ferner, daß angesichts des ungebührlichen Vorgehens der französischen Regierung der Ministerpräsident nicht sofort durch eine amtliche Erklärung die Befürchtung im Volke, gerichtet hat. Wir erklären auch bei dieser Ge-

waltlos gebildet, der im Laufe des Jahres verstorbenen Mitglieder, besonders der Genossen Wrons und Heinemann. Die Versammlung ehrt das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise.

Zur Diskussion über den Geschäftsbericht meldete sich niemand. Die auf der Tagesordnung stehende Neuwahl des Vereinsvorstandes wurde abgelehnt. Der Vorstand soll solange im Amt bleiben, bis die Frage der Neuorganisation — bei der es sich darum handelt, ob die selbständigen Kreisvereine bestehen bleiben — vom Bezirksrat erledigt ist.

Der nächste Gegenstand war die Neuorganisation und das neue Organisationsstatut.

Petersdorf begründete die Vorlage des Bezirksvorstandes. Dieser hält die Neuorganisation mit Rücksicht auf die kommunale Neugestaltung von Groß-Berlin für erforderlich und notwendig. Nach der Vorlage soll der Bezirk Berlin eine einheitliche Organisation bilden, die sich — wie der jetzige Kreisverein Berlin — in Abteilungen gliedert. Die drei Kreisvereine Berlin, Teltow-Beesow und Niederbarnim würden also als selbständige Glieder des Bezirks Berlin fortfallen, ebenso die Ortsvereine in Teltow-Beesow und Niederbarnim.

Schlegel bekämpfte den Plan der Neuorganisation, indem er ausführte, die Parteiorganisation müsse nicht nach kommunalen, sondern nach politischen Gesichtspunkten, und zwar mit Rücksicht auf die Reichs- und Landtagswahlen gegliedert werden. Da die Einteilung der Reichs- und Landtagswahlen noch nicht feststehe, so würde die Neuorganisation

ein Sprung ins Dunkle

sein, den man unterlassen solle. Wegen der kommunalen Neugestaltung von Groß-Berlin solle man das in der Partei historisch Gewordene nicht umstoßen.

Auch die nachfolgenden Diskussionsredner sprachen sich ohne Ausnahme gegen die Vorlage. Sie machten gegen dieselbe nicht nur Zweckmäßigkeitsgründe geltend, sondern beriefen sich auch darauf, daß den Mitgliedern nicht Gelegenheit gegeben worden sei, zu dem Plan der Neuorganisation Stellung zu nehmen.

Petersdorf trat nochmals für die Vorlage ein. Die Neuorganisation der politischen Parteien werde noch längere Zeit auf sich warten lassen, solange die Neuorganisation nicht hinausgeschoben werden. Die Hauptarbeit der Organisation liegt jetzt auf kommunalpolitischem Gebiet. Da die Kreise Niederbarnim und Teltow-Beesow sich für die Neuorganisation erklärt haben, so sei die Annahme derselben durch den Bezirksrat sicher.

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, beim Bezirksrat die Vertagung der Frage der Neuorganisation zu beantragen, da voraussichtlich der jetzige Reichstag nur kurze Zeit bestehen wird und für die dann folgenden Neuwahlen eine Neueinteilung des Wahlkreises Berlin stattfinden müßte. Was wieder Veranlassung wäre, das Statut abermals zu ändern. Das Gebiet des bisherigen Kreisvereins Berlin soll umgeben der Wahlkreis einteilung zur Stadtvertretung entsprechend neu eingeteilt werden, was ohne Änderung des bisherigen Statuts geschehen kann.

Für den Fall, daß der Bezirksrat die Vertagung ablehnt, beschloß die Versammlung eine Reihe von Änderungsanträgen zum Statutentwurf, die aber an den wesentlichen Grundlagen derselben nichts ändern.

legenheit, daß alle Versuche, die Einheit und Geschlossenheit der deutschen Republik und des deutschen Volkes zu unterwählen und zu zerschneiden, den geschlossenen Widerstand der Sozialdemokratie und der Arbeiterschaft finden werden. Von der bayerischen Regierung erwarten wir, daß sie die Reichsregierung ersucht, durch geeignete Schritte beim obersten Rat der Entzweiung für die Abberufung des französischen Gesandten in München zu wirken.

Die Vertretung des Saargebiets.

Ein Vorschlag der Bevölkerung.

Ludwigshafen, 28. Juli. Da die Bevölkerung des Saargebiets sich nicht an den Wahlen zum preussischen und bayerischen Landtag und an den Reichstagswahlen beteiligen darf, dagegen eine dritte Vertretung für das Saargebiet vorgeschlagen ist, die von der Bevölkerung gewählt werden soll, haben sich die Vorstände der politischen Parteien an die Regierungskommission gewandt, um die Wünsche der Saargebetsbevölkerung zu unterbreiten. In der Eingabe wird für die Wahl der örtlichen Vertreter des Saargebiets das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht vorgeschlagen. Die politischen Parteien sprechen den Wunsch aus, zu den vorbereitenden Besprechungen hinzugezogen zu werden.

Der Studententag.

Der allgemeine deutsche Studententag begann gestern in Göttingen. Der Vertreter des preussischen Unterrichtsministeriums, Staatssekretär Becker, teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß in der Auslandsfrage jede einzelne Hochschule sich ihre Statuten geben können werde, deren Genehmigung und Prüfung sich das Ministerium vorbehält. In der Frage der politischen Vertretung der Studentenvereinigungen soll nur die Partei-politik ausgeschlossen sein, während gegen „nationalen“ Betätigung (f. Red.) keine Bedenken bestehen. Dieser Vorgriff ist natürlich sehr ausdehnungsfähig und eine wirkliche Lösung dieser Frage dürfte damit nicht gegeben sein. Auch in der Frage der Vertretung der Studentenausschüsse durch das Ministerium ist eine Einigung zwischen Ministerium und Studentenschaft erfolgt. Der Staatssekretär betonte, daß damit die Studentenschaft große Verantwortung entsprechend ihren neuen Freiheiten auf sich nehme.

Die nächsten Verhandlungen begannen mit drei Referaten über die Kollage der Studentenschaft, der Akademiker und der kleineren Hochschulen. Das vorgelegte Jahrbuchmaterial ließ deutlich die wachsende Proletarisierung erkennen. Die Selbsthilfemaßnahmen der Studentenschaft wurden ausführlich erörtert. Eine vorgelegte Berechnung behauptete, daß eine Dreißigmilliarde notwendig sei, damit die gesamte Studentenschaft ihr Existenzminimum als Einkommen bezöge. Es folgten Referate des Professors Ditt (Wonn) und des Genossen Redakteur Wirthbaum über die Allgemeinbildung und Hochbildung, über Beruf und Studium.

Das im sozialistischen Sinne gehaltene Referat des Genossen Wirthbaum fand natürlich zum Teil Widerspruch bei den studentischen Zuhörern, aber starke Aufmerksamkeit auch bei den Gögern, die in der Debatte nicht weiter dem Redner entgegengetreten suchten.

Gilberte Kreuze und kein Ende. Von mehreren Angestellten der Reichsregierung ist eine Liste mit Namen und Adressen im Gehirnen Reichsblatt mitgeteilt, daß dort ebenfalls vor circa vier Wochen ein Dugend eigener Kreuze am weiß-schwarzen Bande verleiht worden, meist an Leute, die überhaupt nicht im Felde waren.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Gärtner und Gartenarbeiter.

Am Freitag wurde im Berliner Gewerkschaftshaus die erste Generalversammlung des Verbandes der Gärtner und Gartenarbeiter durch den Verbandsvorsitzenden Busch (Berlin) eröffnet. Er begrüßte die Delegierten, die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen: Jakobson (Kopenhagen) und Socroy (Wien) und gebachte die etwa 1000 im Kriege gefallenen Mitglieder.

Mit der Leitung der Verhandlungen wurden Haude (Dresden) und Löcher (Berlin) betraut.

Kwasnik ist als Vertreter des Landarbeiterverbandes und Georg Schmidt als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes amwesend.

Socroy (Wien) hielt eine Begrüßungsansprache. Er erwartet eine Besserung der traurigen Lage Deutschlands von dem tatsächlichen Eingreifen der internationalen Arbeiterbewegung und vom Anschluß an Deutschland. Die österreichische Organisation hatte vor dem Kriege 500 und zählt jetzt über 3000 Mitglieder.

Jakobson (Kopenhagen) gab dem Gedanken der internationalen Arbeiterkollektivität Ausdruck und teilte mit, daß die dänische Gärtnerorganisation, die vor drei Jahren 400 Mitglieder hatte, jetzt auf 2500 Mitglieder angewachsen ist.

Busch (Berlin) erstattete den Geschäftsbericht des Vorstandes, der sich auf fast acht Jahre erstreckt, denn die letzte Generalversammlung wurde im Jahre 1912 abgehalten. Damals hatte der Verband 7218 Mitglieder. Infolge des Krieges stieg die Mitgliederzahl auf 720 im Jahre 1917 zurück. Nach der Resolution begann ein bedeutender Aufstieg. Im vierten Quartal 1918 war die Mitgliederzahl auf 8444, im ersten Quartal 1919 auf 14 721 angewachsen und am Ende des ersten Quartals 1920 betrug sie 27 489, darunter 6898 weibliche. Die Mehrheit der Mitglieder besteht aus ungelehrten Arbeitern. Die Lohnbewegungen, die nach der Revolution allorts einsetzten, brachten gute Erfolge. Der Achtstundentag ist mit den für die Eigenart des Gärtnerbetriebes erforderlichen Ausnahmen in vielen Orten durchgeföhrt. In der Landschaftsgärtnerei besteht der Achtstundentag allgemein.

Der Redner bemerkte, trotz der bedeutenden Mitgliederzunahme habe der Verband erst etwa die Hälfte aller im Beruf Beschäftigten erreicht. Es gelte also, die zugewandenen heranzuziehen und die gewonnenen Mitglieder zu durchgebildeten Gewerkschaftlern zu machen. Besonders auf dem hohen Lande sei eine rege Agitation und Aufklärungsarbeit erforderlich. Die Tätigkeit des Vorstandes habe keine erhebliche Opposition in den Reihen der Kollegen gefunden.

Albrecht (Berlin), der bis 1. Mai d. J. Redakteur des Verbandstages war und jetzt Angestellter im Landarbeiterverband ist, gab einen Bericht über seine Tätigkeit und betonte, daß er auch ferner nach Kräften für die Interessen des Verbandes tätig sein werde.

Schmann (Berlin) erstattete den Kassensbericht. Er gab ein Bild von dem Finanzlage des Verbandes und machte Vorschläge zur notwendigen Stärkung derselben.

In der Diskussion über den Geschäfts- und Kassensbericht bedauerten mehrere Redner, daß Kwasnik und Albrecht nach langjähriger Tätigkeit an hervorragender Stelle im Verbande Stellungen im Landarbeiterverbande angenommen haben, was in Mitgliederkreisen zu Unzufriedenheit worden sei, als solle dadurch der Anschluß des Verbandes an den Landarbeiterverband hingearbeitet werden. Anerkannt wurde, daß den beiden Kollegen wegen ihres Stellenwechsels kein persönlicher Vorwurf gemacht werden könne. Weiter wurde eine rege Aufklärungsarbeit zur Festigung der neu gewonnenen Mitglieder befürwortet und ein Ausbau der Finanzen, so daß der Verband allen Anforderungen einer Kampforganisation gerecht werden könne. Ein Redner wünschte, die Verbandszeitung solle mehr darauf Rücksicht nehmen, daß die Mitglieder nur zum kleinen Teil aus gelernten Gärtnern, in der Mehrheit aber aus ungelehrten Arbeitern bestche. Im weiteren Verlauf der Diskussion griff Freyh (Frankfurt a. M.) den Vorstand wegen seiner Kriegspolitik scharf an. Ferner kritisierte der Redner den Vorstand, weil er nicht eingetreten sei für die unbedingte ausnahmslose achtstündige Arbeitszeit der Gärtner und Gartenarbeiter. Vom Vorstand müsse verlangt werden, daß er den Tatsachen des Kampfes Rechnung trage, nicht etwa durch Schreien, sondern durch seine Handlungen.

Abbau der Gehälter und leitende Angestellte.

Die von den deutschen Arbeitgeberverbänden angenommene Entschärfung vom 20. Mai d. J., die sich für die Forderung eines Abbaus der Löhne und Gehälter einsetzte, hat bei den gewerkschaftlichen Verbänden lebhaften Widerspruch hervorgerufen. Bedeutend ist in diesem Widerspruch der Meinungen und Interessen eine Rundschreibung der „Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie, S. V. Berlin“, die sich besonders mit der praktischen Durchführung dieser Forderungen befaßt. Es heißt darin unter anderem:

Der deutsche Wirtschaftsaufbau und die Absatzmöglichkeiten der deutschen Erzeugnisse auf dem Weltmarkt läßt eine Minderung der Produktionskosten auf allen Gebieten notwendig erscheinen. Wenn in diesem Zusammenhang die Frage eines allmählichen Abbaus der Löhne und Gehälter erörtert wird, so muß berücksichtigt werden, daß ein solcher Abbau vorherige und dauernde Minderung der Preise für alle Bedarfsgegenstände der täglichen Lebenshaltung voraussetzt. Außerdem ist zu beachten, daß die verschiedenen Gehaltsverhältnisse der letzten Jahre erst in weitem Zettelstand den Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs gefolgt sind.

Der Abbau der Gehälter kann daher einer Preisermäßigung auch nur in dem gleichen Zeitabstand und in gleichem Umfang folgen, in denen die Anpassung der Gehälter an die Preissteigerungen durchgeführt worden ist. Für diejenigen Kategorien der Angestellten, bei denen noch heute eine den Preisveränderungen entsprechende Gehaltsveränderung fehlt, muß erst die Gehaltsanpassung fortgesetzt werden, ehe ein Abbau der Gehälter begonnen werden kann.

Die Betriebsräte der Afa

Versammelten sich am Donnerstagabend im „Deutschen Hof“, um einen Vortrag von Rudolf Wissell über das Thema „Weltwirtschaft“ zu hören. Der Redner schilderte die jetzige Wirtschaftslage und versuchte, die Zusammenhänge zu erklären, die zwischen der zum Teil künstlich verminderten Produktionsfähigkeit in Deutschland und der gesamten Weltwirtschaft bestehen. Unter besonderem Hinweis auf die wirtschaftlichen Zustände vor und nach dem Kriege. Er schilderte auch die drückenden Lagen, die uns das Vorkommen von Spa auferlegt. In der Diskussion traten seinen Ansichten einzelne Redner entgegen, andere, und mit diesen die Mehrheit der Versammlung, um die den Ausführungen des Referenten zu. Im zweiten Teil der Tagesordnung wurde von Köppl Bericht erstattet über den Stand der Betriebsrätebewegung in Groß-Berlin. Insbesondere wurde auf die vorläufige Einigung Bezug genommen, die zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße nach einem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission anscheinend jetzt erzielt ist.

In den Beschlüssen, die die Einigung formal bestätigen, habe man auch die Afa zum Teil berücksichtigt, jedoch ohne deren besondere Stellungnahme vorher zu erfragen. Er schlug die Annahme folgender Resolution vor:

„Die am 22. Juli 1920 im „Deutschen Hof“ versammelten Betriebsräte, Angestelltenräte, Betriebsobleute der Afa halten unerbittlich an ihrem wiederholt festgelegten Standpunkt fest, daß die Zusammenfassung der Betriebsräte auf Grund der Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa zu erfolgen hat. Nur innerhalb harter Gewerkschaften können die Betriebsräte erfolgreich ihre Funktionen zur Überwachung der Wirtschaft ausüben. Eine Vereinigung in irgendeiner Form mit der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße lehnen die Versammelten ab. Alle Bestrebungen, welche darauf hinauslaufen, innerhalb der Gewerkschaften besondere Betriebsräteorganisation zu bilden, sind im Interesse der gesamten Arbeitnehmererschaft auf das Schärfste zu bekämpfen. Ebenso alle Absichten, durch eine Arbeitsgemeinschaft mit Harmonie und Unorganisiertem den Kampf der Klassenbewußten Arbeiterschaft zu hemmen. Die Versammelten beauftragen ihre gewählten provisorischen Gruppenräte, die Arbeiter sofort aufzunehmen. Weiter beauftragen sie die Betriebsrätezentrale in der Münzstraße, nochmals mit der Berliner Gewerkschaftskommission in Verbindung zu treten, um gemeinsam mit der Arbeiterschaft an die Lösung der großen Aufgaben der Betriebsräte heranzugehen zu können. Wenn dies nicht möglich ist, sind die Arbeiten seitens der Angeestellten-Betriebsräte einstweilen allein aufzunehmen, bis die durch die Berliner Gewerkschaftskommission vertretenen Arbeitnehmer in der Lage sind, zusammen mit der Afa alle Betriebsräte auf freigeberwirtschaftlicher Grundlage zu erfassen.“

Nachdem noch Freyh Schmidt gesprochen hatte, wurde ein auch von der Versammlungsleitung beauftragter Antrag auf Vertagung angenommen. Es soll versucht werden, die Gesamtheit der Betriebsräte der Afa in der nächsten Woche zusammenzurufen, um sie endgültig über diese brennenden Fragen entscheiden zu lassen. In dieser Versammlung sollen dann ein Referent der Afa und als Korreferent ein Mitglied des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission sprechen.

An die Angestellten im Berliner Zeitungsgewerbe.

Zur Information über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung bringen wir folgendes zur Kenntnis:

Auf unsere eingereichten Forderungen — 20 Proz. Zuschlag für die Gruppe A-D und 25 Proz. Zuschlag für Lehrlinge und Jugendliche — erhielten wir vom Arbeitgeberverband folgende Antwort:

„Auf das Schreiben vom 10. d. M. erwidern wir ergebenst, daß wir auf eine Erhöhung der Angeestellten-Tariffsätze ab 1. Juli 1920 nicht eingehen können. Wir sind vielmehr der Ansicht, daß ein Abbau der Tariffätze stattdessen muß, da nach den statistischen Aufstellungen der Lebensmittel- usw. Preise im Mai und Juni erheblich gesunken sind. In einer mündlichen Besprechung und Darlegung unserer Ansichten sind wir gern bereit.“

Wir haben dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß wir Verhandlungen über unsere Forderungen wünschen. Ueber das Ergebnis werden wir schnellstens Bericht erstatten.

Kolleginnen und Kollegen! Alle Arbeitgeber und ihre Verbände versuchen jetzt, die Löhne abzubauen. Auch der Arbeitgeberverband für das Berliner Zeitungsgewerbe bringt in seinem Antwortschreiben diese Absicht zum Ausdruck.

Kolleginnen und Kollegen! Haltet Euch zur Abwehr bereit! Wir erwarten, daß Ihr alle in dieser Situation fest zusammensteht.

Wer jetzt tatenlos zusieht, schädigt sich und die Gesamtheit!
Afa, Ortskartell Groß-Berlin
Platan. Reinsberg.

Lohnherabsetzung mit Zustimmung der Organisationen?

Vor uns liegt ein Schreiben der Ostdeutschen Bekleidungs-Woche „Volkswohl“ G. m. b. H., Breslau, das an die Firma Schuchard u. Schütte, Neukölln, Mühlenstr. 23, gerichtet ist. In demselben bietet sich die Genossenschaft an, die größeren Werte mit Anlagen zu beliefern; für einen dreistelligen Männeranzug in halbtägiger Qualität, tadelloser Fertigverarbeitung und gutem Sitz wird der billige Preis von 205 M. gefordert.

In dem Schreiben wird betont, daß es der Genossenschaft gelungen sei, mit den Schneiderverbänden ein Einverständnis über eine erhebliche Herabsetzung der Arbeitslöhne zu erzielen. Angesichts des zu erwartenden Lohnabbaus würden die Arbeitgeber auch gezwungen sein, ihren Arbeitern und Beamten billigeres Bekleidung zuzuföhren.

Es scheint, daß die Ostdeutschen Bekleidungswerke mit verbedeten Karten spielen, denn daß die Organisation der Schneider sich bei den heutigen Lohnverhältnissen bereits mit einer Herabsetzung der Arbeitslöhne einverstanden erklärt hätte, halten wir für ausgeschlossen.

Es wäre daher gut, wenn die genannte Genossenschaft einmal die Organisation nachsicht machte, welche es fertig gebracht habe, schon jetzt an einen Lohnabbau zu gehen. Von einer Herabsetzung der Lebenshaltung kann bisher doch noch keine Rede sein. Wenn einzelne Artikel im Preise etwas gesunken sind, so haben andere mindestens eine ebenso große Steigerung erfahren.

Die streikenden Fensterputzer

wenden sich noch einmal an die organisierte Arbeiterschaft Berlins mit dem Ersuchen, sie in ihrem schweren Kampf zu unterstützen. Es muß von den organisierten Arbeitern mehr darauf geachtet werden, daß die arbeitenden Fensterputzer im Besitz einer Ausweis Karte der Zentralstreikleitung sind. Können sie eine solche nicht vorzeigen, so sind sie auf das Verwerfliche ihrer Handlungsweise hinzuweisen.

H. G. G. Hennigsdorf! Alle Kollegen und Kolleginnen, welche noch vom großen Metallarbeiterstreik ohne Arbeit sind, melden sich zurecht nächster Ausstrahlung am Montag, den 26. Juli, vorm. 10 Uhr, im früheren Streikklub, Tuchbinger Straße, mit Entlassungspapieren.

Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsobleute der Afa. Donnerstag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, findet im großen Saale des Rührervereins, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, eine Versammlung aller Betriebsräte, Angestelltenräte und Betriebsobleute der Afa statt. In dieser Versammlung soll zu der Frage Stellung genommen werden, ob die Afa der Einigung zwischen Münzstraße und Berliner Gewerkschaftskommission zustimmt oder in anderer Form auf Grund der Richtlinien des A. D. G. B. und der Afa die übernommenen Aufgaben zu lösen versucht. Das Ergebnis aller Betriebsräte ist Pflicht. Afa, Ortskartell Groß-Berlin, Platan, Reinsberg.

Deutscher Vortier-Verband. Sektion 7 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes. Montag, den 26. Juli, abends 7 Uhr, im Berliner Vereins- und Konzertsaal, Kommandantenstr. 48/50, oberer Saal; Große Protestversammlung. Tagesordnung: Unsere Stellungnahme gegen die gelbe Vereine.

Die Heimarbeiterinnen der Firma Richard Wittig, Chaußeekirch 81, und die, welche bei den Zuschnemistern der Firma beschäftigt sind oder waren, werden ersucht, sich sofort im Bureau des Deutschen Schneider-Verbandes, Eingelager 15, Zimmer 39/42, bei dem Kollegen Briemer zu melden. Es handelt sich um die Rüttelung über eine wichtige, bereits angelegte Lohnforderung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichswirtschaftsverband deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten. Sonntag 10 Uhr im großen Saale der Schauburg, Königgräber Str. 121; Versammlung.

Wirtschaft

Sprunghafte Saluaberschlechterung.

Der Rückgang des Marktkurses an den ausländischen Börsen und die im Zusammenhang damit in Berlin eingetretene Steigerung der Devisenkurse beeinträchtigt heute die Tendenz der Börse ausfallig. Besonders Auszahlung Holland 209 scharf an, wobei die Meldung, daß das deutsch-holländische Kohlenabkommen zum Gegenstand einer diplomatischen Aktion in Berlin gemacht werden soll, eine Rolle spielte. Auch die in Aussicht stehende neuerliche Herabsetzung der Eisenpreise um 10 bis 14 Proz. läßt auf die Tendenz einer starken Wirkung aus, die sich im allgemeinen als schwächer, für Saluabepapire als fest kennzeichnete.

| Es kosteten am: | 23. 7. | 22. 7. |
|--------------------------------------|-----------|-----------|
| 100 holländische Gulden . . . | 1511,60 | 1371,40 |
| 100 dänische Kronen . . . | 700,70 | 645,65 |
| 100 schwedische Kronen . . . | 940,95 | 856,40 |
| 100 norwegische Kronen . . . | 710,70 | 648,15 |
| 100 finnische Mark . . . | 156,20 | 148,20 |
| 100 Schweizer Franken . . . | — | 698,20 |
| 100 österr. Kronen (alt) . . . | 24,05 | 24,08 |
| 100 deutsch-österr. Kronen . . . | 25,13 1/2 | 25,40 1/2 |
| 100 ungarische Kronen . . . | 24,23 | 23,98 |
| 100 tschechisch-slowak. Kronen . . . | 84,85 | 84,72 1/2 |
| 100 spanische Pesetas . . . | — | 630,65 |
| 1 amerikanischer Dollar . . . | 45,55 | 40,25 |
| 100 belgische Franken . . . | 354,20 | 339,35 |
| 1 englisches Pfund . . . | 163,20 | 152,40 |
| 100 französische Franken . . . | — | 319,65 |
| 100 italienische Lire . . . | 232,75 | 223,35 |

Die wirtschaftliche und soziale Lage der Elektroindustrie.

In der „Arbeitsgemeinschaft für die deutsche elektrotechnische Industrie“ macht Direktor Heinrich Ausführungen, aus denen wir folgendes entnehmen:

Von den verschiedenen Gebieten der Elektrotechnik ist es am schlimmsten mit der Kahalinindustrie bestellt. Die deutschen Bestellungen im Starkstromabzweig belaufen sich im ersten Halbjahr 1920 auf rund 190 Millionen Mark, das heißt auf die gleiche Materialmenge bezogen nur 30 Proz. des Friedensbetrages.

Rechtlich ist die Lage im Leitungs- und Kleinmotoren- sowie im Installationsgeschäft, weil die Überlandzentralen infolge der drohenden Sozialisierung weder zu weiteren Neubauten noch zu Erneuerungen und Vergrößerungen ihrer Zentralen schreiten können. Solange es überdies möglich ist, daß kleine Arbeitergruppen durch Streiks große Industrieverbände zur Arbeitslosigkeit zwingen können, wie uns Solpa befehrt hat, wird die zentrale Versorgung großer Gebiete von einer Stelle aus, wie es bisher als volkswirtschaftlich vorteilhaft angesehen wurde, an Wert verlieren und manchen Industriellen veranlassen, zur Einzelstromversorgung zurückzukehren.

Das Straßenbahngeschäft bietet wenig günstige Aussichten. Manches Unternehmen ist infolge der Tarifserhöhungen zum Stillstand gekommen, die Finanzlage der Straßenbahnen ist ungünstig, an Neubeschaffungen nur in verdrängtem Maße zu denken. In der Glühlampenindustrie sind im letzten Jahre für rund 70 Millionen Glühlampen hergestellt worden. Die Ausfuhr ist auf unter 25 Proz. heruntergegangen und sieht heute im Auslande auf lebhafte Konkurrenz. In der Schwachstromtechnik reicht die Beschäftigung ein Jahr aus, die Lage ist nicht unangenehm, doch gingen Neubestellungen gleichfalls zurück, und das Auslandsgeschäft ist schwach.

Deute gibt es keine elektrotechnische Firma, die nicht in schwerster Sorge wegen ihrer Geldbeschaffung wäre. Trotz aller Kapitalserhöhungen stärksten Ausmaßes haben Gesellschaften, die früher über flüssige Geldmittel verfügten, stark drückenden Bankkredit in Anspruch nehmen, verschiedene Firmen haben schon an Einschränkung ihres Betriebes denken müssen. Wir stehen vor einer Wirtschaftskatastrophe, vor Bewältigungsaufgaben, die, wenn überhaupt, nur in enger Gemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu lösen sind. Nach einer statistischen Aufzeichnung streifte die Berliner Metallindustrie im Jahre 1919 in 80 einzelnen Streikfällen insgesamt 162 Tage; in einem Siemenswerke wurden nur 63 Proz. der Arbeitsstunden geleistet, die hätten geleistet werden können. Der Lohnausfall für die rund 3000 Arbeiter dieses eines Werkes betrug 2,4 bis 2,5 Millionen Mark an Arbeitsverdienst.

Pro Kopf der Belegschaft ergibt sich für das laufende Geschäftsjahr eine Produktion von 2250 Kilogramm gegenüber 4400 Kilogramm in Friedenszeiten. Umgekehrt ist der Lohnanteil pro Kilogramm fertigen Fabrikats von 43 Pfennigen bereits 1919 auf 2 M. gesiegen und jetzt auf über 4 M. zu schätzen.

Der Rückgang der Produktion hat die anteiligen Lasten für das einzelne Fabrikat überaus stark gesteigert.

Die stark gesiegenen Verkaufspreise haben zu Misstimmungen der Arbeitnehmer geführt, weil Löhne und Gehälter nicht in gleichem Maße gesiegen sind. Die Verkaufspreise sind aber durch die Einkaufspreise der zu verarbeitenden Halbfabrikate bedingt.

Noch viel geringer als Löhne und Gehälter sind aber die ausgeschütteten Gewinnbeträge gesiegen. Eine Gewinnausschüttung von 10-12 Proz. vermindert völlig hinter der von den Arbeitnehmern bezogenen Summe. Würde man z. B. den Kapitalgebern des Siemens-Konzerns nur die Hälfte ihrer Dividende belassen, was einer Verzinsung des Kapitals von etwa 5 Proz. gleich käme, und den Rest verteilen, so würde auf jede Arbeitsstunde nur die Summe von 7 bis 8 Pfennigen entfallen.

Besonders interessant für uns sind die künftigen Bemühungen, den Kapitalprozent gewissermaßen entschuldigen zu wollen und ihn als so harmlos und unbedeutend hinzustellen, indem man ausrechnet, daß der Arbeiter vom Ertrag seiner Arbeit pro Stunde doch nur 14 bis 16 Pfennige an die Kapitalisten als Tribut zu entrichten habe.

Wir vertreten den Standpunkt, daß gleichwertige Arbeit gleichen Lohn zu beanspruchen hat, daß also weder Unternehmer noch Arbeiter einen Anspruch auf Konjunkturgewinne erheben können, sondern diese der Wirtschaftsgemeinschaft, d. h. der Gesamtheit gehören. Dasselbe gilt aber auch für Monopol-Unternehmen, bei denen das Unternehmer-Risiko bei ausreichenden Rücklagen zur Ausgleichung von Verlusten beseitigt ist. Beispiel der Glühlampentrust. Mit dem Zusammenschluß der Unternehmen zu Produktionsgemeinschaften, die die Arbeiterschaft fordert, ergibt sich die Umwandlung der Aktien in Obligationen als Selbstverständlichkeit.

Auch Direktor Heinrich wird die Arbeitnehmererschaft nicht davon überzeugen können, daß es eine unumgängliche Notwendigkeit ist, den z. T. im Auslande sitzenden Kapitalisten die eine normale Verzinsung überschreitende Rente abzutreten.

Mansfelder Kupferhämmer bauende Gewerkschaft in Eisleben.

Die Lage des Unternehmens sind in den letzten Tagen an der Leipziger und Berliner Börse erheblich gestiegen. Die Kurssteigerung ist offenbar durch Auslandskäufe veranlaßt worden, deren Höhe nicht feststeht.

Program für den 26. Juli: Dr. Berner Vortier, Charlottenburg; für Angelegenheiten: 23. Stadt, Berlin. Vortrag: Rührer-Verband G. m. b. H., Berlin. Prof. Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin, Lindenstr. 3, Gleize 1 Betlage.